Herausgeber

Landesamt
für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

1

Januar 1994

Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

46. Jahrgang · Januar 1994

ISSN 0934–6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Udo Nockemann, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,-DM, Einzelheft: 5,-DM

Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 101105, 40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf
Fernruf: (0211) 9449-01

sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

Bestell-Nr. Z 01 1 9401

Inhalt

Allgemeine Fragen der Statistik	Erhebungen nach § 7 Bundesstatistikgesetz – Erfahrungen mit einem neuen Instrument der amtlichen Statistik	5
Bevölkerung	Umfrage zum Reiseverhalten der Haushalte 1992/93	17
Bevölkerungsbewegung	Durchschnittsalter der Mütter Neugeborener im Jahre 1992	16
Gesundheitswesen	Personal in Krankenhäusern am 31. Dezember 1991	15
Bildung	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Berufsbildungsjahr 1992/93	22
Handwerk	Umsatz und Beschäftigung im Handwerk im 3. Vierteljahr 1993	15
Produzierendes Gewerbe	Industrieproduktion im November 1993	26
	Auftragseingänge der Industrie im November 1993	26
	Bauproduktion im Oktober 1993	15
	Beschäftigtenzahl im Ausbaugewerbe am 30. Juni 1993	22
	Aktuelle Ergebnisse	30
Wohnungswesen	1 % – Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993	23
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im Dezember 1993	16
	Aktuelle Ergebnisse	28
Gastgewerbe	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in den ersten zehn Monaten des Jahres 1993	26
Verkehr	*Aktuelle Ergebnisse*	27
Öffentliche Finanzen	*Aktuelle Ergebnisse*	29
Zahlenspiegel	*Ausgewählte Eckzahlen für Nordrhein-Westfalen im Zeitvergleich*	34

Zentrale Information und Beratung ☏ (0211) 9449-2495/2525

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
. . .	Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
( )	Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
/	keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Dipl.-Volkswirt Helmut Eppmann
Dipl.-Statistikerin Katharina Götz

Erhebungen nach § 7 Bundesstatistikgesetz - Erfahrungen mit einem neuen Instrument der amtlichen Statistik

Das Bundesstatistikgesetz (BStatG) regelt nicht nur für die auf einzelgesetzlicher Grundlage durchzuführenden amtlichen Statistiken grundsätzlichen Fragen der institutionellen Aufgabenzuordnung und -zuständigkeiten, der Organisation und Durchführung oder der datenschutzrechtlichen Belange und Übermittlungsvorschriften, sondern es ist auch selbst Rechtsgrundlage statistischer Erhebungen.

In § 7 sind die Zwecke und Rahmenbedingungen der Durchführung solcher Erhebungen festgelegt.

Nach § 7 Abs. 1 können zur „Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen oberster Bundesbehörden ... Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden, wenn eine oberste Bundesbehörde eine solche Bundesstatistik fordert".

Weiterhin dürfen derartige Statistiken nach § 7 Abs. 2 zur „Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik" durchgeführt werden.

Durch den Verzicht auf eine gesetzliche Festlegung der Themenbereiche, Erhebungseinheiten und -methoden, die i.d.R. vom Auftreten des Datenbedarfs bzw. der wissenschaftlich-methodischen Fragestellung bis zur Verabschiedung der entsprechenden einzelgesetzlichen Grundlage eine mehrjährige Vorlaufzeit erfordern würde, soll die erforderliche Flexibilität und Aktualität sichergestellt werden. Voraussetzung für den Verzicht auf eine einzelgesetzliche Grundlage ist die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung. Die Durchführung, Aufbereitung und Ergebnisbereitstellung unterliegt jedoch denselben Datenschutz- und Geheimhaltungsbestimmungen wie alle Bundes- und Landesstatistiken.

Der Umfang der Erhebungen ist auf jeweils max. zehntausend Befragte im Bundesgebiet begrenzt (§ 7 Abs. 4).

Um der amtlichen Statistik die Möglichkeit zu geben, neuere methodische Entwicklungen im Bereich der sogenannten Panel-Erhebung zu erproben, sind Wiederholungsbefragungen bis zu fünf Jahren nach der ersten Befragung zulässig (§ 7 Abs. 5). Panel-Erhebungen wenden sich über einen längeren Zeitraum hin mehrfach an denselben Kreis von Befragten und bieten die Möglichkeit, durch die Analyse von Entwicklungen zusätzliche Erkenntnisse für bestimmte statistische Fragestellungen zu gewinnen.

Die Statistiken sollen vom Statistischen Bundesamt im Benehmen mit den statistischen Landesämtern vorbereitet und weiterentwickelt werden (§ 3 Abs. 1 Nr. 1a); die Durchführung erfolgt in den statistischen Ämtern der Länder oder ersatzweise durch das Statistische Bundesamt (§ 7 Abs. 3).

Im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben wurden in den letzten Jahren Erhebungen zu einer Reihe von Fragestellungen unter Einsatz verschiedener Erhebungsmethoden durchgeführt.

Die Erhebungsziele „Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs ..." und „Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen" waren, legt man die Zuordnung zu den Absätzen 1 oder 2 des § 7 BStatG zugrunde, etwa gleichgewichtig vertreten.

Die Zuordnung der Erhebungen ist lediglich in rechtlicher Hinsicht eindeutig möglich. Im Rahmen der Umsetzung der Erhebung werden häufig beide Ziele verfolgt; d. h. auch bei Erhebungen zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen wird der Aspekt eventueller Ergebnisdarstellungen berücksichtigt, ebenso werden bei Erhebungen zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs ggf. wissenschaftlich-methodische Fragestellungen beachtet.

§ 7-Statistiken nach Erhebungszielen

Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs (§ 7 Abs. 1)
- Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen (1989)
- Streuobsterhebung (1990)
- Forschung und Entwicklung privater Organisationen ohne Erwerbszweck (1989)
- Omnibustourismus (1991)
- Altpapier und Altglas (1987 und 1990)
- Lagerung wassergefährdender Stoffe in Wohngebäuden und Betrieben (1991/92)
- Einmalige Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG (1991)
- Betriebliche Aus- und Weiterbildung (1993/94)

Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragen (§ 7 Abs. 2)
- Dienstleistungsteststichprobe (1987)
- Dienstleistung im Produzierenden Gewerbe (1988)
- Einsetzbarkeit von Laptops bei Haushaltsbefragungen in der BRD (1991)
- EG-Pilotstudie über den Dienstleistungsbereich (1992)
- Zeitverwendung der privaten Haushalte (1991/92)
- Tourismusstichprobe (1992/93)
- Testerhebung zum Arbeitskostenindex (1993)
- Piloterhebung zum EG-Haushaltspanel (1993)

- Erfaßbarkeit und Verwertbarkeit von monatlichen Produktionstagen (1994)
- EG-Haushaltspanel (1994 - 1996)

Thematische Eingrenzungen oder inhaltliche Schwerpunkte der Erhebungen sind der Aufgabenstellung des § 7 entsprechend nicht gegeben; die Erhebungen können sowohl spezifische Fragen an alle Arten von Haushalten, Unternehmen oder sonstigen Organisationen beinhalten, nur bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Wirtschaftsbereiche betreffen oder reine Bestandsfeststellungen durch Beobachtung (z. B. Streuobstanbau) darstellen.

Hinweise zu Zielsetzung, Erhebungsgegenstand, -methode und Ergebnissen enthalten die Kurzinformationen auf S. 9 ff.

Auswahlverfahren

Bei der Wahl des Auswahlverfahrens und der Erhebungsmethode aus sachlichen, zeitlichen und ökonomischen Erwägungen sind eindeutige Schwerpunkte gegeben.

Ausgehend von der Begrenzung der Zahl der Befragten auf max. 10 000 ist nur in seltenen Fällen eine primärstatistische Vollerhebung möglich. In der Regel werden nur Teile der Grundgesamtheit erhoben, die bei sehr aufwendigen Erhebungen sogar deutlich unter dem zulässigen Erhebungsumfang liegen.

Es handelt sich meist um geschichtete Stichproben, oft mit mehrstufigem Auswahlverfahren; die einfache Zufallsauswahl stellt aus methodischen und erhebungstechnischen Gründen eine seltene Ausnahme dar.

Die Erhebungen gemäß § 7 BStatG betreffen häufig sehr spezielle Sachverhalte. Da die Grundgesamtheit i. d. R. in bezug auf den Untersuchungsgegenstand sehr inhomogen aufgebaut ist, können die Varianzen u. U. sehr groß sein. Die Informationen, die über die Struktur der Grundgesamtheit vorliegen, ermöglichen die Bildung von Schichten, die in sich homogener sind.

Als Schichtungsvariable werden Merkmale, die in einem Sinnzusammenhang mit den Erhebungsmerkmalen stehen, verwendet. Typische Schichtungsmerkmale sind Gemeindegrößenklassen, Wirtschaftsklassen, Haushaltsgrößen, berufliche Stellung.

Für viele § 7-Erhebungen wurde eine Kombination der geschichteten mit der mehrstufigen Auswahl gewählt. Dies garantiert zunächst eine bessere Anpassung an die Grundgesamtheit und ermöglicht, da die Repräsentativität jeder einzelnen Schicht gesichert wird, eine angemessene Berücksichtigung der einzelnen Schichten. So können Schichten mit hoher Varianz angemessen stark berücksichtigt werden, während die übrigen Schichten in geringerem Maße vertreten sein können.

Ein wichtiger Aspekt sind auch die organisatorischen Vorteile des mehrstufigen Auswahlverfahrens. Wird z. B. für eine Haushaltsbefragung als Schichtungsmerkmal die Gemeindegrößenklasse gewählt und aus jeder Schicht entprechend dem Anteil an der Gesamtpopulation eine Anzahl von Gemeinden zufällig ausgewählt, so wird dadurch erreicht, daß die Feldorganisation nicht mehrere tausend Gemeinden im Bundesgebiet, sondern nur noch wenige hundert abdecken muß. In den ausgewählten Gemeinden können dann jeweils mehrere zufällig ausgewählte Haushalte durch einen Interviewer betreut werden; dies bietet erhebliche Kostenvorteile und erleichtert die Gewinnung von Interviewern.

Für einige Erhebungen (Zeitbudget der privaten Haushalte, Tourismusstichprobe) wurde dagegen eine Stichprobenauswahl nach dem Quotenverfahren gewählt, d. h. es wurde von vornherein festgelegt, in welchem Verhältnis bestimmte Ausprägungen eines Merkmals (Quotierungsmerkmal) in der Stichprobe enthalten sein sollen.

Im Rahmen der § 7-Erhebungen wurde dieses Verfahren eingesetzt, da
- die Auswahl relativ kurzfristig und ohne größeren Aufwand durchzuführen ist,
- es auch für eine gezielte Erhebung bestimmter Personengruppen anwendbar ist. Bei sehr kleinen Stichprobenumfängen in Verbindung mit einem umfangreichen Fragenprogramm, das auf freiwilliger Basis erhoben wird, wären bei einer reinen Zufallsauswahl bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht in der Stichprobe vertreten.
- das Quotenverfahren deutliche ökonomische Vorteile bei sehr aufwendigen Erhebungen mit geringer freiwilliger Beteiligung aufweist.

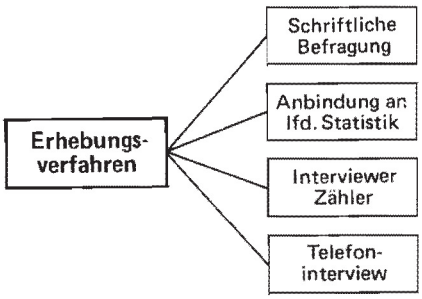
Zwar ist dieses verbreitete Verfahren methodisch umstritten, da häufig die Repräsentativität nicht als gesichert angesehen werden kann, andererseits werden mit diesem Verfahren oft Ergebnisse erzielt, die mit einer Zufallsstichprobe zu vergleichen sind.

Erhebung

Ein besonderes Kennzeichen der § 7-Erhebungen ist die kurze Zeitspanne zwischen der Entstehung des Informationsbedarfs bzw. der Auftragserteilung an die Statistik und der Ergebnisdarstellung. Für die methodische und organisatorische Vorbereitung der Statistik, für die Erhebung, Aufbereitung und Auswertung der erhobenen Daten steht jeweils nur ein kurzer Zeitraum zur Verfügung.

Die methodische und konzeptionelle Vorbereitung (Festlegung der Grundgesamtheit, Definition und Abgrenzung von Merkmalskategorien, Abstimmung mit anderen Statistiken und Systematiken, Gestaltung der Erhebungsvordrucke usw.) ist damit engen zeitlichen Restriktionen unterworfen. Dies führt in einigen Fällen zu methodischen Schwächen, die erst während der Erhebungsphase erkannt werden, und mangelnder Vergleichbarkeit mit Ergebnissen aus anderen (statistischen) Quellen.

Für die Durchführung der Erhebung werden unterschiedliche Verfahren eingesetzt, die je nach Fragestellung, Umfang und Berichtskreis festgelegt werden.



Die **schriftliche Befragung** stellt die am häufigsten (60 %) verwendete Erhebungsmethode dar; sie wird eingesetzt, wenn die Auswahlbasis geeignetes Adressenmaterial liefert und Umfang und Inhalt dies zulassen; bei umfangreichen Erhebungsprogrammen und komplexen Fragestellungen scheidet die schriftliche Befragung aus.

Da die Beteiligungsquote und Antwortqualität bei dieser Erhebungsmethode geringer und der Erhebungszeitraum länger ist als bei anderen Verfahren, sind letztlich die relativ geringen Kosten Grund für den Einsatz dieser Methode.

Das kostengünstigste Erhebungsverfahren stellt zweifellos die **Anbindung an eine laufende Statistik** dar, da in diesem Fall nicht einmal zusätzliche Versandkosten entstehen. Nachteilig kann sich hier

- die Beschränkung auf den Berichtskreis der laufenden Erhebung,
- die enge Begrenzung des Fragenprogramms, die erforderlich ist, um eine Überfrachtung zu vermeiden, und
- die teilweise Einbindung in die Aufbereitung der laufenden Erhebung, die u. U. einer kurzfristigen Aufbereitung im Wege steht,

auswirken.

Aufgrund der speziellen Fragestellungen der § 7-Erhebungen kommt dieses Verfahren nur in wenigen Fällen in Frage.

Bei umfangreichen, komplexen Erhebungstatbeständen ist eine Erhebung nur durch **Interviewer vor Ort** durchführbar (z. B. Zeitbudgeterhebung, EG-Haushaltspanel). Dieses Verfahren liefert schnell Ergebnisse und erreicht auch eine relativ gute Beteiligung. Einzuschränken ist diese Bewertung jedoch auf den Vergleich mit anderen Erhebungsmethoden, da bei umfangreichen Frageprogrammen und komplexen Fragestellungen teilweise nur eine auch für freiwillige Befragungen niedrige Response-Rate erreicht werden konnte (z. B. bei der Piloterhebung zum EG-Haushaltspanel).

Auch bei einem geschichteten mehrstufigen Auswahlverfahren oder einer entsprechenden Quotenstichprobe sind – bei Einsatz von Interviewern – der organisatorische Aufwand und damit die Kosten für jeden Erhebungsfall sehr hoch, so daß i. d. R. nur kleinere Stichproben, deren Umfang deutlich unter der Obergrenze von 10 000 Erhebungseinheiten liegt, gewählt werden.

Ein im Bereich der amtlichen Statistik relativ neues Verfahren ist das **Telefoninterview**; es ermöglicht eine kurzfristige und relativ kostengünstige Durchführung der Erhebung. Im LDS NRW wurde dieses Verfahren bei der „Erhebung zur Lagerung wassergefährdender Stoffe in Wohngebäuden" und bei der „Tourismusstichprobe" angewendet.

Die Erfahrungen sind durchweg positiv. Wurde ein Haushalt erst einmal telefonisch erreicht, war er in den meisten Fällen (bei der Tourismusstichprobe ca. 80 %) zur Auskunft bereit. Dies gilt nicht nur für sehr kurze Interviews mit nur wenigen Fragen, sondern auch für Fragenkataloge mittleren Umfangs (Interviewdauer bei der Tourismusstichprobe 10 - 15 Min.). Ein Problem stellt dagegen die telefonische Erreichbarkeit bei den Haushaltsbefragungen dar; bei der Tourismusstichprobe wurden rd. 23 % der Haushalte nicht erreicht (in 6 Anwählversuchen an verschiedenen Tagen zu unterschiedlichen Tageszeiten).

Ergebnisqualität und vorläufiges Fazit

Die Ergebnisse dieser Erhebungen konnten aufgrund des Stichprobenumfangs i. d. R. nur eine vergleichsweise grobe Darstellung von Strukturen bzw. Entwicklungen liefern. Statistisch gesicherte Ergebnisse in tiefer fachlicher und/oder regionaler Untergliederung konnten daraus nicht abgeleitet werden.

Die Qualität und Aussagekraft der Ergebnisse der § 7-Erhebungen waren darüber hinaus je nach Themenstellung, Stichprobenumfang und Erhebungsverfahren sehr unterschiedlich.

Relativ erfolgreich konnten Haushaltsbefragungen wie die Zeitbudgeterhebung, die Erhebung zur Lagerung

wassergefährdender Stoffe in Wohngebäuden und die Tourismusstichprobe durch Interviewer einschließlich Telefoninterviewern durchgeführt werden. Einschränkungen in der Zuverlässigkeit der Ergebnisse gibt es in diesem Bereich u. U. durch – gemessen an der fachlichen Gliederungstiefe – zu geringen Stichprobenumfang oder durch konzeptionelle bzw. methodische Schwächen, nicht aber durch mangelnde Auskunftsbereitschaft der Haushalte. Eine Ausnahme stellt dabei lediglich die Piloterhebung zum EG-Haushaltspanel dar, die eine Beteiligungsquote von nur 29 % erreichte. Die Ursache ist hier vor allem in dem sehr umfangreichen Fragenprogramm (Interviewdauer je Haushalt durchschnittlich 90 Minuten) zu sehen.

Weniger erfolgreich waren oft schriftliche Unternehmensbefragungen aufgrund mangelnder Teilnahmebereitschaft vieler Unternehmen (z. B. Erhebung zur „Lagerung wassergefährdender Stoffe in Betrieben", „Omnibustouristik").

Nur einzelne Erhebungen erreichten Ergebnisse, deren Zuverlässigkeit und Genauigkeit dem Standard der amtlichen Statistik auf einzelgesetzlicher Grundlage entspricht (z. B. Streuobsterhebung).

Die meisten Erhebungen können zuverlässige Anhaltspunkte zum Untersuchungsgegenstand liefern, lassen aber eine weitergehende fachliche oder räumliche Gliederung nicht zu.

Für einige Erhebungen konnten aufgrund der geringen Teilnahmebereitschaft, konzeptioneller oder methodischer Schwächen keine zuverlässigen Ergebnisse erstellt werden.

Die Erhebungen gem. § 7 BStatG können daher die bestehenden Bundesstatistiken nicht ersetzen und stellen auch für die Zukunft keine Alternative für das Programm der Bundesstatistik dar. Jedoch wird durch sie das Programm der laufenden amtlichen Statistiken, das auf einzelgesetzlicher Basis realisiert wird und ein breites Spektrum zuverlässiger fachlich und räumlich differenzierter Ergebnisse bereitstellt, ergänzt. Daten aus amtlichen Statistiken auf einzelgesetzlicher Grundlage liefern i. d. R. Hochrechnungsrahmen und Auswahlbasis, für wenige Eckwerte auch Vergleichszahlen, um die für freiwillige Befragungen typischen Verzerrungen erkennen zu können.

Die Vorteile dieses neuen Instruments liegen
- in der Aktualität der Ergebnisse, d. h. dem kurzen Zeitraum zwischen dem Auftreten des Datenbedarfs bzw. der Erhebung und der Ergebnisbereitstellung,
- in der Möglichkeit, auch Informationen zu sehr speziellen Fragestellungen, die teilweise nur von vergleichsweise wenigen Nutzern benötigt werden, zu erheben,
- in den relativ geringen Kosten aufgrund des begrenzten Erhebungsumfangs und
- in der Möglichkeit, neue Methoden der Erhebung, Aufbereitung sowie Ergebnisbereitstellung zu erproben und weiterzuentwickeln.

Die Nachteile liegen in der
- geringen Ergebnisgenauigkeit im Vergleich zu Vollerhebungen und größeren Stichproben mit Auskunftspflicht,
- bei freiwilligen Erhebungen typischen Verzerrung durch unterproportionale Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen,
- mangelnden Regionalisierbarkeit der Ergebnisse und
- fehlenden methodischen Vergleichbarkeit der einzelnen Erhebungen untereinander.

Auch können im Einzelfall aufgrund der teilweise sehr speziellen Fragestellung einer Erhebung ihre Ergebnisse durch kurzfristige politische, soziale oder wirtschaftliche Entwicklungen bereits bei ihrer Erstellung überholt sein (Beispiel: Durch die Öffnung der Grenzen kurz nach der Erhebung der Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen (1989) waren die Ergebnisse trotz eines kurzen Erhebungs- und Aufbereitungszeitraums bereits bei ihrer Erstellung nicht mehr aktuell.).

Trotz der genannten Schwachstellen hat sich dieses zusätzliche Instrument der amtlichen Statistik insgesamt bewährt; es stellt nicht nur eine sinnvolle Ergänzung des bisherigen Systems der amtlichen Statistik dar, sondern ist auch eine wichtige Grundlage für die Erprobung neuer Erhebungs-, Aufbereitungs- und Auswertungsmethoden zur Weiterentwicklung des eingesetzten statistischen Instrumentariums.

Damit wird die amtliche Statistik auch besser als bisher in die Lage versetzt, dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts im Urteil zum Volkszählungsgesetz 1983 zu entsprechen, das methodische Instrumentarium der amtlichen Statistik nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen weiterzuentwickeln bzw. zu prüfen, ob es andere Mittel als die einer statistischen Vollerhebung mit Auskunftspflicht und direkter Befragung jeweils einzelner vor Ort gibt.

Darüber hinaus kann die langjährige Diskussion zum Spannungsfeld zwischen Qualität und Aktualität der amtlichen Statistik durch die Erkenntnisse aus den Erhebungen gem. § 7 BStatG, deren Priorität in der Aktualität liegt, bereichert werden.

Kurzinformationen zu § 7-Statistiken zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs:

Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen (1989)

Die Erhebung der Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen sollte durch Feststellung der Gesamtzahl, der Verweildauer und einiger familienbezogener Aspekte Informationen zum Wohnraumbedarf liefern.

Während die Gesamtzahl durch Totalerhebung bei den Gebiets- und Kommunalverwaltungen ermittelt wurde, konnten die Fragen zur Verweildauer bei den Verwaltungen der Unterkunftseinrichtungen und die Fragen zur Familie bei den Aus- und Übersiedlerfamilien auf Stichprobenbasis erhoben werden. Da lediglich die Anschriften der Gebiets- und Kommunalverwaltungen mit den zugehörigen Unterkunftseinrichtungen bekannt waren, erfolgte die Verteilung der Erhebungsunterlagen für die Familienerhebung vor Ort durch die Verwaltung der Unterkunftseinrichtungen. Über entsprechende Verteilungsvorgaben wurde eine Zufallsauswahl sichergestellt.

Während für NRW die Gesamtzahl der Unterkunftseinrichtungen und der darin lebenden Aus- und Übersiedler vollständig erhoben werden konnte, lagen die Non-Response-Quoten für die Verweilzeiterhebung bei 31 % und für die Familienerhebung bei 57 %.

Auf die Ergebnisse, ihre Zuverlässigkeit und Genauigkeit soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden, da sie trotz des kurzen Erhebungs- und Aufbereitungszeitraums durch die damalige Entwicklung (Öffnung der Grenzen) bereits bei ihrer Erstellung nicht mehr aktuell waren.

Streuobsterhebung (1990)

Die Streuobsterhebung diente dazu, den Bestand an Obstbäumen in Streulage festzustellen, mit dem Ziel, eine Grundlage zur Ermittlung der Erntemenge als Bestandteil des Marktangebotes zu schaffen sowie den längerfristigen Strukturwandel in diesem Bereich festzustellen, der auch unter ökologischen Gesichtspunkten von erheblicher Bedeutung ist.

Erhebungseinheiten waren die Gemeinden, Erhebungsmerkmale die Standorte nach Anzahl der Bäume und Obstarten.

Die Erhebung wurde durch Begehung des Gebietes ausgewählter Gemeinden (Gebietsstand 1965) durchgeführt. Die Begehung war erforderlich, da sich zeigte, daß an keiner Stelle vollständige oder zuverlässige Informationen über die Bestände an Obstbäumen in Streulage vorhanden waren. Auswahlgrundlage waren die Ergebnisse der Obstbaumzählung von 1965. Auf dieser Basis erfolgte eine Zufallsauswahl von Gemeinden, geschichtet nach Obstarten und Größenklassen der Baumzahl.

Die Begehung der ausgewählten Gemeinden erfolgte durch Zähler, die die Bestände an Streuobstbäumen und -wiesen vor Ort feststellten.

Die so ermittelten Bestände wurden, gebunden an die Obstbaumzählung von 1965, für Bund und Land hochgerechnet. Der auf diese Weise ermittelte Schätzwert des Streuobstbestandes lag nur noch ca. ein Drittel so hoch wie das Zählungsergebnis 1965. Kontrollrechnungen bestätigen eine relativ hohe Zuverlässigkeit der Ergebnisse.

Die Ergebnisse der Erhebung wurden in der „Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen", August 1991 veröffentlicht.

Forschung und Entwicklung privater Organisationen ohne Erwerbszweck (1989)

Im Bereich der Wissenschaft und Forschung werden die wissenschaftlichen Einrichtungen ohne Erwerbszweck nicht statistisch erfaßt. Somit sind die Informationen über diesen Bereich nur lückenhaft vorhanden.

Um diese Informationsdefizite zu vermindern, wurde 1989 eine § 7 Abs. 1-Erhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie durchgeführt, um die Bedeutung der überwiegend privat finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen und deren Verteilung anhand einiger Strukturmerkmale zu untersuchen. Weitere Untersuchungsziele waren, inwieweit sich die Einrichtungen ohne Erwerbszweck bei einer freiwilligen Erhebung beteiligen, ob eine regelmäßige Befragung erforderlich bzw. möglich ist und ob es eine geeignete Basis für die Fortschreibung der Daten dieses Bereiches gibt.

Erfragt wurden für 1987 wesentliche Strukturmerkmale, z. B. Forschungsgebiete, Größe, Gründungsjahr, Förderungssummen sowie einige Angabe und Beurteilungen zur Erhebung.

Befragt wurden alle privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, die überwiegend Zuwendungen aus dem nicht öffentlichen Bereich erhalten oder, falls die öffentlichen Zuwendun-

gen überwiegen, deren Förderungssumme den Betrag von 300 000 DM pro Jahr nicht übersteigt. Institutionen für Gemeinschaftsforschung und experimentelle Entwicklung wurden nicht befragt.

Insgesamt wurden 657 (NRW: 199) Fragebogen versandt. Von den 440 (NRW: 101) Einrichtungen, die sich an der Erhebung beteiligten, gehörten 231 (NRW: 47) zur Befragungsgrundgesamtheit. 179 (NRW: 43) Einrichtungen hatten den Fragebogen vollständig, 25 (NRW: 9) hatten ihn in Teilen ausgefüllt.

Ergebnisse zu dieser Erhebung sind nur auf Bundesebene vom Statistischen Bundesamt erstellt worden.

Omnibustourismus (1991)

In der vierteljährlichen Verkehrsstatistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr werden seit Inkrafttreten des Statistikbereinigungsgesetzes im Jahr 1984 nur noch Unternehmen mit mehr als 6 Kraftomnibussen befragt. Durch diese Abschneidegrenze werden bei über 30 % der privaten Busunternehmen die Verkehrsleistungen (beförderte Personen, Wagenkilometer, Umsatz) nicht mehr erfaßt.

Um diese tourismusrelevanten Informationsdefizite der Statistik des Straßenpersonenverkehrs zu beheben, wurde 1991 eine § 7 Abs. 1-Erhebung über den Omnibustourismus durchgeführt.

Die Erhebung fand in Form einer Vollerhebung bei allen Unternehmen mit Betriebssitz im Inland statt, die genehmigunspflichtigen Straßenbahnverkehr, Obusverkehr oder Kraftomnibusverkehr betrieben und in der letzten Jahreserhebung der Unternehmensstatistik Gelegenheitsverkehr angegeben haben.

Für das Jahr 1990 bzw. für das letzte Geschäftsjahr wurden hierfür der Gesamtumsatz, aufgeteilt nach In- und Ausland, die Platzkapazität und Kilometerleistung der Reisebusse nach Ausstattung der Reisebusse sowie Angaben zum Bustourismus erfragt (Ferienzielreisen, Tagesausflugsfahrten, Kurzreisen, Städtereisen, Rundreisen, Studienreisen und Mietomnibusverkehr).

Die Erhebung wurde parallel zur jährlichen Unternehmensstatistik durchgeführt, so daß die Ergebnisse im nachhinein verknüpft werden konnten.

Aufgrund der geringen Beteiligungsquote von 23,5 % und der Tatsache, daß in Nordrhein-Westfalen von den 300 eingegangenen Fragebögen nur 170 verwertbar waren, waren Auswertungen auf Landesebene nicht möglich. Bundesergebnisse liegen im Statistischen Bundesamt vor.

Altpapier und Altglas (1987 und 1990)

In der Erhebung über die öffentliche Abfallbeseitigung wird der Bereich der Altglas- und Altpapiersammlung nicht erfaßt. Zur Deckung dieser Erfassungslücke wurden 1987 und 1990 Zusatzfragen nach § 7 Abs. 1 BStatG in die Erhebung über die öffentliche Abfallbeseitigung integriert.

1990 war die Erhebung als Wiederholungsbefragung konzipiert, um die Erfahrungen aus 1987 zu verifizieren.

Die 7 Fragen nach § 7 wendeten sich an gewerbliche Altstoffsammler, die ohne Auftrag, aber mit Einwilligung öffentlicher Körperschaften Altpapier und Altglas sammeln.

Erfragt wurde die eingesammelte Menge an Altpapier und Altglas nach Sammelgebiet und Sammelart. Zusätzlich wurden Informationen über den Verbleib dieser Abfallwertstoffe gefordert.

Die Erhebung beschränkte sich auf das in öffentlich zugänglichen Containern und Depots gesammelte sowie in gemeinnützigen Sammlungen zusammengetragene Altpapier und Altglas; nicht erfaßt wurde die Sammlung dieser Wertstoffe, soweit sie bei gewerblichen Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen und ähnlichen Einrichtungen direkt entsorgt wurden.

Die Ergebnisse der Erstbefragung 1987 bzw. der Wiederholungsbefragung 1990 sind in die Ergebnisse der entsprechenden Erhebung über die öffentliche Abfallbeseitigung eingearbeitet und im Statistischen Bericht „Öffentliche Abfallentsorgung in NRW" 1987 bzw. 1990 nachzulesen.

Lagerung wassergefährdender Stoffe in Wohngebäuden und Betrieben (1991/92)

Die Erhebung wurde im Auftrag des Bundesumweltministeriums durchgeführt. Die Ergebnisse sollen eine Lücke im System der Umweltstatistiken schließen, da dort wichtige Bezugsgrößen wie z. B. die Menge der gelagerten wassergefährdenden Stoffe oder die Lagerbedingungen nicht erhoben werden. Die Befragung erfolgte z. T. in Form von Telefoninterviews, damit innerhalb eines kurzfristigen Zeitrahmens die Ergebnisse vorgelegt werden konnten.

In NRW wurden rd. 110 Haushalte telefonisch und 3 900 Arbeitsstätten schriftlich befragt. Auf der Basis von Telefonbüchern erfolgte die Auswahl der Haushalte zufällig, nachdem in einem ersten Auswahlschritt nach Gemeindegrößenklassen geschichtet und innerhalb der Klassen die Gemeinden zufällig ausgewählt worden waren.

Die Auswahl der Betriebe erfolgte auf der Grundlage von Anschriften aus der Arbeitsstättenzählung 1987 und der „Kartei im Produzierenden Gewerbe". Es wurde zwischen Branchen in Totalschichten (z. B. chemischen Industrie, Flughäfen) und Branchen, in denen vor der Zufallsauswahl zunächst eine Schichtung nach Beschäftigtengrößenklassen erfolgte, unterschieden.

Die telefonische Befragung zeigte eine überraschend hohe Auskunftsbereitschaft der angerufenen Haushalte. Andererseits wurden durch die zufällige Auswahl sehr häufig Haushalte erreicht, die aufgrund der Beheizungsart für die Erhebung nicht relevant waren bzw. als Mieter nicht über den Umfang und die Art der Lagerung wassergefährdender Stoffe (Heizöl) informiert waren.

Während die Ergebnisse der Haushaltsbefragung relativ aussagekräftig sein dürften, sind Unternehmensergebnisse aufgrund der mangelnden Beteiligung einiger Großunternehmen aus Wirtschafsbereichen, in den mit der Lagerung großer Mengen wassergefährdender Stoffe zu rechnen ist, u. U. nur stark eingeschränkt aussagefähig.

Ergebnisse wurden nur auf Bundesebene erstellt und liegen im Statistischen Bundesamt vor.

Einmalige Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG (1991)

Die Erhebung zu den einmaligen Leistungen nach § 21 Bundessozialhilfegesetz (BSHG), die im Auftrag des BMF 1992 durchgeführt wurde, hatte zum Ziel, die statistischen Grundlagen zur Ermittlung des Existenzminimums zu verbessern. Hintergrund war die Frage, der Verfassungsmäßigkeit des Grundfreibetrages bzw. Kinderfreibetrages.

Erfaßt wurden für 1991 einmalige Leistungen, die zusammen mit laufenden Leistungen (Regelsätze) gewährt wurden, und sonstige einmalige Leistungen.

Zur Ermittlung der Stichprobenauswahl wurden zunächst die Sozialämter der kreisfreien Städte und Kreise angeschrieben, die jeweils die Zahl der Leistungsempfänger und den Umfang der gezahlten Leistungen mitteilten. Anschließend wurden einige Sozialämter zufällig ausgewählt, und für eine jeweils bestimmte Zahl von Hilfeempfängern je Stelle wurden weitere Angaben erhoben.

Insgesamt gelangten auf diese Weise in NRW rd. 1 830 Haushalte in die Stichprobe.

Erste Ergebnisse liegen beim Statistischen Bundesamt vor.

Betriebliche Aus- und Weiterbildung (1993/94)

Mit Blick auf den gemeinsamen Markt benötigt die EG vergleichbare Daten zur betrieblichen Aus- und Weiterbildung. Die o. g. Erhebung wurde angeordnet, da bisher keine gemeinsame Datengrundlage vorlag.

Die Befragung bei Unternehmen erstreckt sich auf das Angebot von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und die Anzahl der davon betroffenen Beschäftigten sowie der Unternehmensstruktur. Auswahlgrundlage sind Adreßdateien der „Kartei im Produzierenden Gewerbe" und die Kartei, die der „Laufenden Berichterstattung" zugrundeliegt.

Die Erhebung findet in einem gestuften Vorgehen statt; sie umfaßt eine Vorbefragung (Herbst 1993) sowie eine Haupterhebung (Frühjahr 1994). Die Vorbefragung wird als 10 000er Unternehmensstichprobe durchgeführt, um zu einer Basisstichprobe weiterbildender Betriebe für die Bereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Banken und Versicherungen zu gelangen. Schichtungsmerkmale sind Beschäftigtenzahl bzw. Umsatzvolumen der Unternehmen. Das angestrebte Stichprobennetto von ca. 5 000 weiterbildenden Unternehmen soll hierbei durch Nachfassen (z. B. Verfahren der gestaffelten Stichprobenaufstockung) erreicht werden.

Die Ergebnisse der Vorbefragung werden voraussichtlich bis Mitte 1994, die Ergebnisse der Haupterhebung bis Anfang 1995 vorliegen.

Kurzinformationen zu § 7-Statistiken zur Klärung wissenschaftlicher Fragen:

Dienstleistungsteststichprobe (1987)

Zur Vorbereitung einer Dienstleistungsstatistik auf einzelgesetzlicher Grundlage wurde im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft 1988 eine Dienstleistungsteststichprobe durchgeführt.

Es sollten Informationen über die Erhebungsbereiche, die Erhebungseinheiten, die Erhebbarkeit, die Erhebungsinstrumente sowie die Erhebungsmethode gesammelt werden.

Zu diesem Zweck wurden 1 387 Betriebe, die zu 1 312 Unternehmen gehören, angeschrieben und über ihren Unternehmens-/Betriebszusammenhang, über den Schwerpunkt der Dienstleistungstätigkeit, das Gründungsjahr, die Beschäftigtenstruktur sowie über volkswirtschaftlich wichtige Aggregate wie Bruttogehälter, Bruttolöhne, Umsatz und Investitionen für das Jahr 1987 befragt. Zusätzlich bestand die Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge bezüglich des Fragebogens zu formulieren.

Die Auswahl der Betriebe erfolgte als geschichtete Zufallsstichprobe. Schichtungsmerkmale waren hierbei der Wirtschaftszweig sowie die Zahl der Beschäftigten. Als Datengrundlage für die Stichprobenziehung stand die Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung.

Ca. 70 % der angeschriebenen Betriebe beteiligten sich an der Erhebung, die in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Berlin von den zuständigen statistischen Landesämtern durchgeführt wurde.

Ergebnisse dieser Erhebung wurden aufgrund des geringen Stichprobenumfanges nicht veröffentlicht.

Dienstleistungen im Produzierenden Gewerbe (1988)

Da Unternehmen des Produzierenden Gewerbes immer häufiger als Anbieter und Nachfrager bestimmter Dienstleistungen auftreten, wurde im Mai/Juni 1988 hierzu eine Testerhebung durchgeführt; sie erstreckt sich auf ausgewählte Unternehmen des Produzierenden Gewerbes. Hierzu wurde aus dem Berichtskreis der Kostenstrukturerhebung bei Unternehmen des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes eine Stichprobe gezogen, die eine ausreichende Besetzung sowohl in den einzelnen Wirtschaftszweigen als auch in den verschiedenen Beschäftigtengrößenklassen gewährleistete.

Für die Umfrage wurden die Dienstleistungen in 19 Dienstleistungsgruppen zusammengefaßt, allerdings ohne industrielle und handwerkliche Dienstleistungen wie z. B. Reparaturen oder Montagen, da hierüber ausreichende Informationen aus den laufenden Statistiken vorliegen.

Ergebnisse und ausführlichere Erläuterungen können der „Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen", Juli 1989 und „Wirtschaft und Statistik", Heft 2/1989 entnommen werden.

Einsetzbarkeit von Laptops bei Haushaltsbefragungen in der BRD (1991)

Für Haushaltsbefragungen, insbesondere für den Mikrozensus, sollte in dieser Erhebung getestet werden, ob und in welcher Form eine Befragung mit Hilfe von Laptops realisierbar ist. Zum einen sollte die Akzeptanz dieser Erhebungsmethode in der Bevölkerung und bei den Interviewern untersucht werden. Zum anderen sollten Erfahrungen zum organisatorischen technischen Ablauf gewonnen werden. Hierbei spielten die Möglichkeiten der Integration der auf den Laptops entstandenen Datensätze in die weitere manuelle und maschinelle Aufbereitung sowie die Frage, ob durch den Einsatz der Laptops die Aktualität und Qualität der Daten erhöht werden kann, eine entscheidende Rolle.

Die Erhebung wurde in 5 Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Hessen) analog zum Mikrozensus als nach Gemeindegrößenklassen geschichtete Zufallsstichprobe durchgeführt. Das Fragenprogramm lehnte sich inhaltlich an den jährlichen Mikrozensus an. Es wurden jedoch keine Haushalte befragt, die zum Mikrozensus auskunftspflichtig sind, sondern es wurde eine Mikrozensusvorratsstichprobe für die Befragung herangezogen.

44 % der angesprochenen Haushalte konnten für die Befragung gewonnen werden. Bei den Befragten war die Akzeptanz der Laptops mit ca. 70 % relativ hoch. Auch die Interviewer standen dieser Befragungsmethode positiv gegenüber.

Festzuhalten ist, daß die Datenaufbereitung einen erheblich geringeren zeitlichen Rahmen beanspruchte. Für die Schulung der Interviewer war bei einem Einsatz von Laptops ein größerer Aufwand erforderlich.

Detaillierte Ergebnisse finden sich in „Haushaltsbefragungen mit Laptops", veröffentlicht in der „Statistischen Rundschau Nordrhein-Westfalen", Oktober 1991.

EG-Pilotstudie über den Dienstleistungsbereich (1992)

Die EG-Pilotstudie über den Dienstleistungsbereich ist eine dreigeteilte Untersuchung.

- Im Bereich 1 wurde eine Erhebung bei Unternehmen, die unternehmensbezogene Dienstleistungen erstellen, durchgeführt.
- Im Bereich 2 wurden Arbeitsstätten mit mindestens 400 m² Verkaufsfläche von Großunternehmen des Einzelhandels befragt.
- Beim Bereich 3 handelte es sich um eine Untersuchung über Bedeutung und Umfang der „Economie sociale" (Genossenschaften und ähnliche Selbsthilfeeinrichtungen) in Deutschland.

Während es sich bei dem Bereich 3 um eine reine Literaturarbeit handelte, wurden für die Bereiche 1 und 2 Erhebungen gemäß § 7 Abs. 2 durchgeführt.

Die Erhebung bei den Unternehmen mit unternehmensbezogenen Dienstleistungen (Bereich 1) hatte die Entwicklung eines Methodenhandbuches und die Errichtung einer Datenbank für den Dienstleistungsbereich auf EG-Ebene zum Ziel. Gleichzeitig sollte die Dienstleistungsstatistik auf einzelgesetzlicher Grundlage in Deutschland vorbereitet werden.

Dieser Bereich war der einzige, bei dem einige statistische Landesämter (Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bayern, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hessen) in den Erhebungsablauf integriert waren.

Die Erhebung war in zwei Phasen aufgeteilt. Zuerst wurde eine schriftliche Erhebung durchgeführt, die dann durch persönliche Interviews ergänzt wurde.

Für die schriftliche Befragung wurde aus dem Anschriftenmaterial der Arbeitsstättenzählung 1987 eine nach Dienstleistungsbereichen und Beschäftigtengrößenklassen geschichtete Stichprobe gezogen. Von den 16 954 angeschriebenen Unternehmen (NRW: 4 266) schickten 24,6 % den ausgefüllten Fragebogen zurück.

In dieser ersten Erhebungsphase wurde neben einigen Fragen zur Erhebung selbst allgemeine Angaben zum Unternehmen, z. B. Umsatz, Beschäftigtenzahlen, Personalaufwendungen, Investitionen, Vorratsbestände, Käufe von Waren und Dienstleistungen oder Aufwand für und Wert von gemieteten oder geleasten Sachanlagen, erhoben.

Von den Unternehmen, die sich an dieser Erhebungsphase beteiligt hatten, wurden dann zufällig einige (BRD: 81, NRW: 10) ausgewählt und zusätzlich ausführlicher interviewt.

Bei diesen Interviews wurde nach den Tätigkeiten des Unternehmens, den zugehörigen Umsätzen, der geographischen Verteilung der Zweigniederlassungen, den Beschäftigtenformen und den Beschäftigtenzeiten gefragt. Zusätzlich sollten die Unternehmen eine Einschätzung der zukünftigen Entwicklungstendenzen und der charakteristischen Eigenarten der Dienstleistungsproduktion geben. Zum Schluß bestand die Möglichkeit, Anregungen zum Fragebogen der schriftlichen Befragung zu äußern.

Die Ergebnisse dises Erhebungsbereiches wurden sowohl auf Bundes-wie auch auf Landesebene erstellt (siehe „Wirtschaft und Statistik", Heft 10/1992).

Der Bereich 2 der Piloterhebung hatte als Ziel die Entwicklung einer Zusatzklassifizierung (Typologie) von Betrieben und Unternehmen des Einzelhandels.

Diese Erhebung wurde zentral durch das Statistische Bundesamt durchgeführt.

Als Datengrundlage diente auch hier das Anschriftenmaterial der Arbeitsstättenzählung 1987. Es wurde eine zweistufige Zufallsstichprobe gezogen. Zuerst wurden, geschichtet nach Branchen und Beschäftigtengrößenklassen, Unternehmen gezogen. Im zweiten Schritt wurden dann ca. 5 000 Verkaufsstätten ausgewählt, von denen ca. 60 % auskunftsbereit waren.

Bei den Unternehmen wurden Angaben zur Rechtsform und zur Zahl der Verkaufsstätten erhoben. Für die Verkaufsstätten waren die Lage, die Verkaufsfläche, die Zahl der Kundenparkplätze, die Bedienungsform, die Zahl der Beschäftigten sowie der Umsatz anzugeben.

Ergebnisse aus dieser Erhebung liegen im Statistischen Bundesamt vor.

Zeitverwendung der privaten Haushalte (1991/92)

In der Zeitbudgeterhebung wurden Daten über die Zeitverwendung in privaten Haushalten erhoben, z. B. die produktiven Leistungen wie Kindererziehung oder Pflege bedürftiger Personen, und zwar als Grundlage eines Satellitensystems „Haushaltsproduktion" zur Ergänzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und als wissenschaftliche Untersuchung über Möglichkeiten und Grenzen der Datengewinnung in diesem Bereich.

Gleichzeitig liefert diese Erhebung Informationen für familienpolitische Fragestellungen, z. B. die Belastung erwerbstätiger Frauen, aber auch über Freizeitgestaltung, Mediennutzung etc.

Die Zeitbudgeterhebung wurde als geschichtete Quotenstichprobe durchgeführt mit den Quotierungsmerkmalen „soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers" und „Haushaltsgröße", geschichtet nach Gemeindegrößenklassen. Die Quoten wurden durch freiwillige Teilnahmemeldungen der Bürger erfüllt.

Die Erhebung erfolgte durch Einsatz von Interviewern, die das Eingangs- und Schlußinterview mit Fragen zur Struktur und Situation des Haushalts sowie zur Wohnungsausstattung und zum Wohnumfeld durchführten. Darüber hinaus beriet der Interviewer die Haushalte beim Führen der Tagebücher, in die sehr differenziert die Aktivitäten des Haushalts unter Angabe des Zeitraums und evtl. gleichzeitiger Aktivitäten (z. B. Bügeln, dabei Radio hören) einzutragen waren.

Für bestimmte Bevölkerungsgruppen (Selbständige, Arbeitslose, Alleinerziehende, Arbeiter, Sozialhilfeempfänger) waren umfangreiche Werbemaßnahmen erforderlich, um eine den Quotierungsvorgaben entsprechende Beteiligung sicherzustellen.

Insgesamt stieß diese Erhebung auf großes Interesse und Zustimmung in breiten Teilen der Öffentlichkeit, insbesondere der Medien.

Erste Ergebnisse werden Anfang 1994 vorliegen.

Tourismusstichprobe (1992/93)

Die Tourismusstichprobe sollte Ergebnisse über Reisen, insbesondere Urlaubs- und Erholungsreisen, ihre Dauer, Reiseziele und Reiseart liefern. Erhoben wurden dabei nicht nur die über gewerbliche Reiseveranstalter organisierten Reisen, sondern auch Reisen, die durch die privaten Haushalte selbst organisiert wurden.

Die Stichprobe wurde nach Gemeindegrößenklassen geschichtet und nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung quotiert. Die Auswahl erfolgte anhand einer Zufallsauswahl aus Telefonbüchern. Die Befragung erfolgte in vier Wellen jeweils nur für das zurückliegende Quartal bzw. Halbjahr. Insgesamt wurden rd. 1 000 Haushalte befragt.

Die Auskunftsbereitschaft der Haushalte war relativ hoch, so daß die größeren Probleme in der mangelnden Erreichbarkeit und in der Quotenerfüllung lagen. Die Einhaltung der Quotenvorgaben gestaltete sich deshalb relativ aufwendig, weil die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Quote, z. B. Arbeiterhaushalt mit 3 Personen, erst während des Telefoninterviews festgestellt werden konnte.

Die Ergebnisse liegen seit Ende 1993 vor.

Testerhebung zum Arbeitskostenindex (1993)

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft plant eine vierteljährliche Erhebung zur Berechnung eines Preisindex für Arbeit nach dem Vorbild des Employment Cost Index der USA. Zur Prüfung des amerikanischen Erhebungsverfahrens in europäischen Ländern hat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) die Durchführung einer Piloterhebung in EG-Mitgliedstaaten für den Berichtsmonat Oktober 1993 vorgeschlagen.

Da die Daten die Berechnung eines Preisindex für Arbeit ermöglichen sollen, erfolgt ihre Erhebung weitgehend nach allgemein für Preisindizes angewandten Verfahren.

In diesem Zusammenhang wurde für den Berichtsmonat Oktober 1993 eine Testerhebung in sechs Bundesländern, und zwar jeweils in 20 ausgewählten Betrieben, durchgeführt.

Folgende Branchen sind hierbei einbezogen:

Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Einzelhandel sowie Bank- und Versicherungsgewerbe.

Eurostat plant, derartige Indizes für folgende Berufsgruppen zu veröffentlichen: leitende Angestellte; Universitäts- und Hochschulabsolventen; Techniker und ähnliche Berufe; kaufmännische Angestellte; Service- und Verkaufspersonal; Handwerker und Facharbeiter; Betriebs- und Maschinenpersonal; Montierer sowie Hilfsarbeiter.

Aufgrund des geringen Stichprobenumfangs ist eine Erstellung von Bundes- und Landesergebnissen im Rahmen der Testerhebung nicht vorgesehen.

Piloterhebung zum EG-Haushaltspanel (1993)/ EG-Haushaltspanel (1994 -1996)

Mit dem EG-Haushaltspanel wird in der Bundesrepublik Deutschland erstmals im Bereich der amtlichen Statistik eine wiederholte Befragung derselben Haushalte für Längsschnittsanalysen auf der Basis von Einzeldaten durchgeführt. Auf diese Weise sollen Informationen über Entwicklungen im sozialen und ökonomischen Bereich gewonnen werden, insbeson-

dere vor dem Hintergrund des EG-Binnenmarktes. Die Erhebungen werden EG-weit durchgeführt, um auch Vergleiche zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten zu ermöglichen.

Die Erhebung umfaßt Fragen zur Wohnsituation und zur wirtschaftlichen Lage der Haushalte sowie zur Person, wie frühere und gegenwärtige Beteiligung am Erwerbsleben, Ausbildung, Einkommen, Gesundheit und eine Personenbiographie.

Diese Statistik soll, so die gegenwärtige Planung, als Zufallsstichprobe mit einem Auswahlsatz von insgesamt 2 000 Haushalten (Bundesrepublik Deutschland) durchgeführt werden; er ist somit deutlich geringer, als der Auswahlsatz des Sozioökonomischen Panels.

Andererseits sieht das Europäische Statistische Amt (Eurostat) mit rd. 50 Fragen um Haushalt und rd. 100 Fragen je Person ein sehr umfangreiches Erhebungsprogramm vor.

Inwieweit eine reine Zufallsstichprobe auf freiwilliger Basis mit dem vorgesehenen Auswahlsatz und dem umfangreichen Erhebungsprogramm zu den gewünschten Ergebnissen führen kann, bleibt abzuwarten.

Im Rahmen einer Piloterhebung, die 1993 durchgeführt wurde (bundesweit rd. 400 Haushalte), konnte nur eine Teilnahmequote von 29 % erreicht werden.

Eine inhaltliche Auswertung der Piloterhebung ist aufgrund der geringen Fallzahlen nicht vorgesehen.

Erfaßbarkeit und Verwertbarkeit von monatlichen Produktionstagen (1994)

In den Monaten Mai, Juni und Juli 1994 erfolgt eine Probeerhebung im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Sie soll Informationen über die Anzahl der monatlichen Produktionstage bereitstellen, da hiermit eine bessere Erfassung von konjunkturellen Einflüssen sowie eine korrektere Berechnung von Produktivitätskennzahlen ermöglicht werden kann.

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit hat zur Folge, daß ein Betrieb evtl. nicht an allen Tagen mit der gleichen Anzahl von Schichten produziert oder die Schichtdauer sowie die Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte variiert wird. Um dies entsprechend zu berücksichtigen, werden die Produktionstage differenziert nach den Tagen, an denen betriebsüblich produziert wurde (Kapazitätsauslastung mehr als 50 %) sowie nach den Tagen, an denen mit einer Auslastung von weniger als 50 % produziert wurde, erhoben.

Erste Ergebnisse werden voraussichtlich Anfang 1995 vorliegen. ■

Umsatz und Beschäftigung im Handwerk im 3. Vierteljahr 1993

Das nordrhein-westfälische Handwerk meldet sinkende Umsatz- und Beschäftigtenzahlen: Im dritten Quartal 1993 war der Umsatz nominal um 1,1 % niedriger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Beschäftigten sank um 1,6 %.

Die Entwicklung in den einzelnen Gewerbegruppen stellte sich wie folgt dar:

Gewerbegruppe	Veränderung im dritten Quartal 1993 gegenüber dem dritten Quartal 1992	
	Beschäftigte	Umsatz
	%	
Bau- und Ausbaugewerbe	−0,8	+2,5
Metallgewerbe	−1,4	−5,6
Holzgewerbe	−0,3	+5,4
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	−4,7	+4,1
Nahrungsmittelgewerbe	+1,5	−0,3
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe	−2,3	+1,1
Glas-, Papier-, keramisches und sonstiges Gewerbe	−1,6	+2,2

Bauproduktion im Oktober 1993

Die Bauproduktion im nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbe zog im Oktober 1993 wieder leicht an und lag um rd. 2 % höher als vor Jahresfrist. Dabei wies der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Index der Nettoproduktion für den Hochbau ein Plus von fast 7 % und für den Tiefbau ein Minus von knapp 3 % auf.

Zum positiven Ergebnis im Hochbau trugen sowohl der Wohnungsbau (+19 %) als auch der öffentliche Hochbau (+7 %) bei, die Produktion im gewerblichen und industriellen Hochbau blieb auf Vorjahresniveau. Im Tiefbau galt letzteres nur für den sonstigen öffentlichen Tiefbau, während die Produktion im Straßenbau (−5 %) sowie im gewerblichen und industriellen Tiefbau (−4 %) weiter abnahm.

Personal in Krankenhäusern am 31. Dezember 1991

Ende 1991 waren in den 485 nordrhein-westfälischen Krankenhäusern 22 400 hauptamtliche Ärztinnen und Ärzte und 99 500 Personen im Pflegedienst beschäftigt. Hinzu kamen 116 000 weitere Beschäftigte (Wirtschafts-, Versorgungs-, Verwaltungs-, Laborpersonal usw.).

Im Pflegedienst dominierten mit einem Anteil von 83 % die weiblichen Beschäftigten, von denen gut ein Drittel (35 %) teilzeitbeschäftigt waren. Dadurch standen dem Pflegebereich im Schnitt nur knapp 77 000 Vollkräfte zur Verfügung.

Preisindex für die Lebenshaltung im Dezember 1993

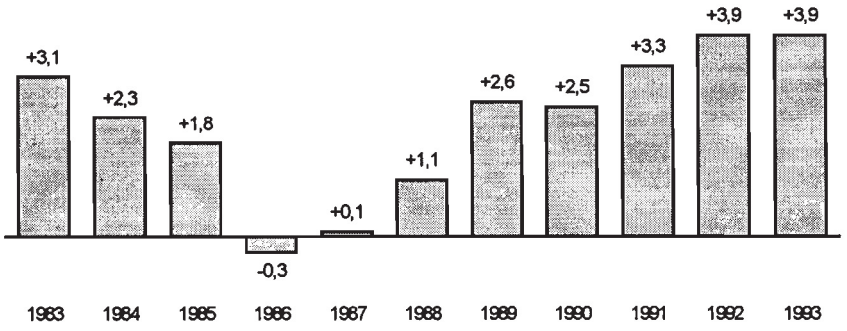
Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen seit vorigem **Monat** (Mitte Dezember/Mitte November) um 0,2 % auf 119,5 Punkte gestiegen (Basis 1985 = 100); gegenüber dem **Vorjahr** (Dezember 1992) beträgt die Indexveränderung +3,5 %. Im vorigen Monat hatte die für Jahresabstände berechnete Teuerungsrate bei +3,4 % gelegen.

Der geringfügige Anstieg der für Jahresabstände berechneten Inflationsrate von November auf Dezember hat seine Ursachen in der Preisentwicklung im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dagegen hat sich der Preisauftrieb seit Mitte vorigen Monats eher verlangsamt (Nov./Okt. 1993: +0,3 %; Dez./Nov.: +0,2 %): Bei vorwiegend ruhiger Preisentwicklung gingen vor allem die Preise für Heizöl und Kraftstoffe deutlich zurück (Dez./Nov.: −2,1 %); allerdings verteuerten sich saisonabhängige Nahrungsmittel kräftig (+3,3 %). – Für das zu Ende gehende Jahr 1993 errechnet sich im Durchschnitt – wie für 1992 – eine Teuerungsrate von 3,9 %.

Für das Jahr 1993 errechneten sich gegenüber dem Jahr 1992 folgende **durchschnittliche Jahressteigerungsraten** (in Klammern zum Vergleich die Jahressteigerungsraten 1992 gegenüber 1991):

- alle privaten Haushalte: +3,9 % (+3,9 %)
- 4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen: +3,5 % (+4,0 %)
- 4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen: +4,1 % (+3,9 %)
- 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen: +3,6 % (+4,0 %)

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW
- Jahresdurchschnittsveränderungen in Prozent -



Grafik: LDS NRW

Durchschnittsalter der Mütter Neugeborener im Jahre 1992

Immer mehr Frauen stellen ihre Kinderwünsche mit Rücksicht auf Ausbildung, Beruf oder andere Erwägungen zunächst zurück. Während bis in die 70er Jahre hinein Frauen im Alter von 25 Jahren am häufigsten Kinder bekamen, sind es inzwischen die 29jährigen, bei denen die sog. „alterspezifische Geburtenhäufigkeit" mit 110 Geburten pro 1 000 Frauen dieses Alters am höchsten ist. Auch bekommen heute, anders als früher, Frauen zwischen 30 und 35 Jahren häufiger Kinder als zwischen 20 und 25.

Insgesamt wurden 1992 in Nordrhein-Westfalen 196 899 Kinder geboren, davon 176 457 ehelich und 20 442 nichtehelich. Von den in einer Ehe geborenen Kindern kamen mehr als 82 % als erstes oder zweites Kind zur Welt; vor 20 Jahren waren es noch 76 % gewesen. Dies zeigt, daß die durchschnittliche Familiengröße immer noch stetig kleiner wird. In Ehen, in denen bereits zwei oder mehr Kinder vorhanden waren, wurden im Jahre 1992 weniger als 32 000 Kinder hineingeboren.

Schlachtungen im November 1993

In den nordrhein-westfälischen Schlachthöfen wurden im November des vergangenen Jahres 75 698 Rinder, 13 620 Kälber und 953 681 Schweine geschlachtet, ferner 12 692 Schafe, 81 Ziegen und 415 Pferde. Die dabei gewonnene Fleischmenge belief sich auf 113 916 Tonnen; das waren 2,8 % weniger als im November letzten Jahres. Weitere 1 862 Tonnen Fleisch fielen bei 15 953 Hausschlachtungen an.

Nicht alle in NRW geschlachteten Tiere kamen aus heimischen Beständen: Im November wurden aus Belgien 154 Rinder, 191 Kälber, 4 958 Schweine und 1 440 Schafe, aus Dänemark 223 Schweine und 754 Schafe, aus Großbritannien 273 Schafe, aus den Niederlanden 1 933 Kälber, 63 214 Schweine und 702 Schafe und aus Spanien 2 896 Schweine zur Schlachtung nach Nordrhein-Westfalen eingeführt.

Dipl.-Volkswirt Helmut Eppmann
Dipl.-Statistikerin Katharina Götz

Umfrage zum Reiseverhalten der Haushalte 1992/93

Erhebungskonzept und Auswahlverfahren

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen führte in Abstimmung mit dem Statistischen Bundesamt 1992/93 eine Methodenstudie zum Reiseverhalten der Haushalte, die sog. Tourismusstichprobe, auf der Grundlage des § 7 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz durch.

Nach § 7 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz können zur „Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik" Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden. Der Umfang der Erhebungen ist auf jeweils 10 000 Befragte im Bundesgebiet begrenzt.

Einbezogen in die Tourismusstichprobe wurden alle Reisen einschließlich des sogenannten Tagestourismus und der Dienst- und Geschäftsreisen nach dem Haushaltskonzept (alle Reisen der Personen im Haushalt).

Befragt wurde jeweils eine Person im Haushalt, die mindestens 15 Jahre alt und in der Lage war, Auskunft für alle Haushaltsmitglieder über die Reiseaktivitäten zu geben.

Erhoben wurden die fünf- und mehrtägigen Reisen, die zwei- bis viertägigen Reisen, die Tagesausflüge und die Dienst- und Geschäftsreisen sowie die soziodemographischen Grunddaten der Haushaltsmitglieder.

Detaillierte Angaben wurden nur für die letzte Reise des jeweiligen Reisetypes (fünf- und mehrtägige Reisen, zwei- bis viertägige Reisen, Tagesausflüge, Dienst- und Geschäftsreisen) erhoben. Diese Beschränkung wurde aus zwei Gründen vorgenommen:

1. Die Dauer des Interviews sollte auf diese Weise zeitlich begrenzt werden, um die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen und die Zahl der Interview-Abbrüche zu reduzieren.
2. Ausgehend von einem mit zunehmendem zeitlichen Abstand abnehmenden Erinnerungsvermögen sollte auf diese Weise eine höhere Genauigkeit und Zuverlässigkeit der detaillierten Angaben zu den Reisen erreicht werden.

Um trotzdem den Gesamtumfang der Reiseaktivitäten einschätzen zu können, wurde für jeden Reisetyp die Zahl der Reisen erhoben. Als Orientierungsgröße für die Zuverlässigkeit dieser Angabe wurde je Reisetyp der Zeitpunkt der letzten Reise erfragt.

Die Zahl der Reisen insgesamt wurde für die längeren Reisen (5 und mehr Tage) jeweils für die zurückliegenden 6 Monate, für die Kurzreisen (2 - 4 Tage), die Tagesausflüge sowie die Dienst- und Geschäftsreisen jeweils für das zurückliegende Quartal erhoben.

Die Befragung wurde in 4 Wellen (Juli '92, Oktober '92, Januar '93 und April '93) durchgeführt.

Grundgesamtheit der Untersuchung waren alle in Privathaushalten lebenden Personen in NRW, für die eine deutschsprachige Person Auskunft erteilen konnte. Auswahleinheiten für die Telefonumfrage waren die Privathaushalte, die in den amtlichen Fernsprechbüchern ausgewiesen sind.

Mögliche systematische Fehler, die durch die Tatsache auftreten, daß nicht alle Privathaushalte in den amtlichen Fernsprechbüchern ausgewiesen sind, andere Privathaushalte dagegen mit mehr als einer Telefonnummer verzeichnet sind, wurden als vernachlässigbar angesehen.

Um sicherzustellen, daß Haushalte aus jeder Gemeindegrößenklasse in die Stichprobe gelangten, erfolgte die Auswahl in zwei Stufen mit einer Schichtung nach Gemeindegrößenklassen in der ersten Stufe.

Die Auswahlsätze der ersten Stufe orientieren sich an der Zahl der Einwohner der Gemeinden der jeweiligen Größenklassen insgesamt. Auf diese Weise wurde erreicht, daß aus jeder Gemeindegrößenklasse hinreichend viele Gemeinden (etwa dem Anteil der Größenklasse an der Gesamtbevölkerung entsprechend) in die Stichprobe einbezogen wurden. Die Gemeinden mit 500 000 und mehr Einwohnern wurden in der ersten Auswahlstufe vollständig berücksichtigt. Um eine Berücksichtigung aller Regionen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen, erfolgte die Auswahl innerhalb der Schichten zufällig aus den systematisch nach dem amtlichen Gemeindeschlüssel (AGS) geordneten Gemeinden.

Als Auswahleinheiten der zweiten Stufe wurden innerhalb der ausgewählten Gemeinden Privathaushalte über eine zufällige Startzahl und einen dem Erhebungsumfang entsprechenden Auswahlabstand aus den örtlichen Telefonbüchern gezogen.

Auf eine Auswahl anhand von Buchstabenkombinationen für den Namensanfang wurde verzichtet, da
- die Befragung namensgleicher Haushalte in einer Gemeinde zu Klumpungseffekten infolge möglicher Verwandschaftsbeziehungen führen kann und
- die Berechnung von Auswahlwahrscheinlichkeiten auf der Grundlage bundesweit ermittelter Namenshäufigkeiten auf regionaler Ebene durch lokal überproportional häufig auftretende Familiennamen alteingesessener Haushalte Verzerrungen aufweisen kann.

Die auf die oben beschriebene Weise gewonnene Stichprobe wurde zufällig auf vier Teilstichproben verteilt.

Darüber hinaus wurde jeweils eine den Anteilen an der Grundgesamtheit entsprechende Quote für die Merkmale „Stellung im Beruf des Hauptein-

kommensbeziehers" und „Haushaltsgröße" vorgegeben. Grundlage der Quotenvorgaben waren die Ergebnisse des Mikrozensus 1991. Durch die Quotierung sollten die Verzerrungen, die sich durch unterschiedliche Teilnahmebereitschaft in den einzelnen Bevölkerungsgruppen ergeben, begrenzt werden.

Da in der zweiten Auswahlstufe die Haushalte (zufällig) aus den Telefonverzeichnissen der ausgewählten Gemeinden gezogen wurden, lagen zunächst keine Informationen über die Zugehörigkeit zu einem Haushaltstyp vor.

Aus diesem Grund wurden beim Telefoninterview zunächst die Merkmale Haushaltsgröße, Zahl der Personen unter 16 Jahren und soziale Stellung des Haupteinkommensbeziehers erfragt, um die Zugehörigkeit zu einem Haushaltstyp bestimmen zu können. Nach Erreichen der Quotenvorgabe blieben die weiteren Haushalte des entsprechenden Haushaltstyps unberücksichtigt, d. h. das Telefoninterview wurde abgebrochen. Das Interview wurde fortgesetzt, wenn es sich um einen Haushaltstyp handelte, für den die Quote noch nicht erfüllt war. Aus diesem Grund wurden mehr Haushalte je Gemeindegrößenklasse gezogen als dies, ausgehend vom Stichprobenumfang, der zweiten Auswahlstufe entsprochen hätte.

Die ausgewählten Telefonnummern wurden vor Beginn jeder Befragungswelle nach Zufallszahlen geordnet.

Durch die in der zweiten Stufe gegenüber der ersten Auswahlstufe umgekehrt proportionalen Auswahlabstände konnte erreicht werden, daß jede Gemeindegrößenklasse ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechend vertreten war.

Beteiligung der Haushalte

Die Auskunftsbereitschaft der Haushalte, die telefonisch erreicht werden konnten, war relativ hoch. Größeren Aufwand erforderte es, die Haushalte überhaupt telefonisch zu erreichen.

Insgesamt konnten 22,6 % aller Haushalte nicht erreicht werden (in 6 Versuchen nicht erreicht, Anrufbeantworter, kein Anschluß). Die Kategorie „Anrufbeantworter" wurde gesondert ausgewiesen, da sich bereits in der ersten Welle zeigte, daß Haushalte, die über einen Anrufbeantworter verfügen, kaum erreichbar waren. Ein Rückruf von seiten der Haushalte erfolgte in keinem Fall, und auch alle 6 Anwählversuche blieben i. d. R. erfolglos.

Läßt man diese Art der Antwortausfälle (in 6 Versuchen nicht erreicht, Anrufbeantworter, kein Anschluß) außer Betracht, so ergibt sich eine Beteiligungsquote von ca. 82 %. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß die Zahl der Interviews mit 56,4 % erheblich niedriger liegt, da aufgrund der Kombination von Quotenstichprobe und Zufallsauswahl der Telefonnummern 25,3 % der erreichten Haushalte nicht berücksichtigt werden konnten. Es handelte sich hier um Haushaltstypen, deren Quoten schon erfüllt waren.

In Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern war die Erreichbarkeit der Haushalte geringer als bei kleineren Gemeinden. In Gemeinden mit mehr als 500 000 Einwohnern konnten 25,9 % der Haushalte nicht erreicht werden, während in Gemeinden mit unter 20 000 Einwohnern nur 17,5 % der Haushalte nicht erreicht wurden.

Die Beteiligungsquote der erreichten Haushalte war dagegen in Gemeinden mit unter 50 000 Einwohnern (ca. 83,6 %) nicht signifikant höher als in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern (ca. 79,8 %).

Die Quotenvorgaben im Rahmen dieser Methodenstudie konnten weitgehend erfüllt werden. Wie der Soll-Ist-Vergleich zeigt, konnten die Randverteilungen der Quotenvorgaben in etwa erreicht werden. Ausnahme waren die Arbeiterhaushalte sowie die Einpersonenhaushalte, für die auch die Randverteilungen nicht eingehalten werden konnten.

Unproblematisch war die Erfüllung der Quoten für die Ein- und Zweipersonenhaushalte, bei denen der Hauptverdiener nicht erwerbstätig ist, sowie für die Drei- und Vierpersonenhaushalte mit einem Angestellten oder einem Beamten als Hauptverdiener. Hier wurden die Quoten in der

Durchgeführte Interviews nach sozialer Stellung des Hauptverdieners und Haushaltsgröße im Soll/Ist-Vergleich

Soziale Stellung des Hauptverdieners	Durchgeführte Interviews in Privathaushalten									
	insgesamt		davon mit ... Person(en) im Haushalt							
			1		2		3		4 und mehr	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Arbeiter	224	219	44	40	60	63	56	56	64	60
Angestellter	236	253	64	59	64	68	52	64	56	62
Beamter	60	74	16	10	16	20	12	20	16	24
Selbständiger	60	60	12	2	16	20	16	20	16	18
Nichterwerbstätiger	420	455	200	211	156	185	40	39	24	20
Insgesamt	**1 000**	**1 061**	**336**	**322**	**312**	**356**	**176**	**199**	**176**	**184**

Regel nach der Hälfte aller Anwählversuche erfüllt.

Wie die Tabelle zeigt, sind
- die Einpersonenhaushalte außer bei Nichterwerbstätigen,
- die Vier- und Mehrpersonenhaushalte, deren Hauptverdiener Arbeiter ist,
- die Drei- bzw. Vier- und Mehrpersonenhaushalte, bei denen die Bezugsperson nicht erwerbstätig ist,

unterrepräsentiert, d. h. die entsprechenden Quoten konnten nicht erfüllt werden. Als Ursache hierfür ist in erster Linie die mangelnde Erreichbarkeit, aber auch die geringere Teilnahmebereitschaft dieser Haushaltstypen zu sehen.

Um eine zusätzliche Aussage über die Repräsentativität der Befragung treffen zu können, wurde die Altersstruktur aller Haushaltsmitglieder mit der Altersstruktur aus dem Mikrozensus 1991 verglichen.

Insgesamt entspricht die in der Tourismusstichprobe gefundene Altersstruktur in etwa der Altersstruktur des Mikrozensus. Bei den Einpersonenhaushalten sind die unter 25jährigen jedoch deutlich unterrepräsentiert, die Personen im Alter von 65 und älter überrepräsentiert. Dies ist eventuell darauf zurückzuführen, daß diese Einpersonenhaushalte (i. d. R. Rentner/Pensionäre) telefonisch besser erreichbar sind als die Nichterwerbstätigen unter 25 Jahren, bei denen es sich z. B. um Schüler oder Studenten handeln kann.

Reiseaktivitäten der Haushalte

Die Umfrage ergab, daß in etwa 43 % der rd. 1 000 befragten Haushalte in Nordrhein-Westfalen mindestens ein Haushaltsmitglied innerhalb der letzten 6 Monate mindestens eine längere Reise unternommen hatte. Bei den Kurzreisen waren dies bezogen auf die letzten drei Monate rd. 16 %, bei den Tagesausflügen rd. 20 %.

Die Reisehäufigkeit bei längeren Reisen lag im 2. und 3. Quartal mit 55 % und 47 % deutlich höher als im ersten und letzten Quartal mit 39 % bzw. 28 %. Bei den Kurzreisen lagen dagegen die Schwerpunkte in den beiden ersten Quartalen (18 % bzw. 20 % gegenüber 14 % bzw. 11 % in der 2. Jahreshälfte). Die Tagesausflüge streuten dagegen gleichmäßig über das gesamte Jahr.

Schätzt man die Halbjahres- bzw. Quartalsergebnisse auf einen 12-Monatszeitraum hoch, so ergibt sich, daß
- in rd. 68 % der Haushalte mindestens ein Mitglied mindestens eine längere Reise[1)],
- rd. 60 % der Personen im letzten Jahr eine längere Reise,
- in rd. 62 % der Haushalte mindestens ein Mitglied mindestens eine kürzere Reise bzw. bei rd. 80 % mindestens einen Tagesausflug

unternommen hatte(n).

Für die weiteren Strukturvergleiche werden, um zusätzliche Ungenauigkeiten durch Umschätzung auf den Jahreszeitraum zu vermeiden, die erhobenen Halbjahres- bzw. Vierteljahreszeiträume zugrunde gelegt.

Eine Differenzierung nach Haushaltstypen zeigt, daß Haushalte, deren Hauptverdiener Angestellter, Beamter oder Selbständiger (= Sonstige Erwerbstätige) war, wesentlich häufiger längere Reisen unternahmen als Haushalte von Arbeitern oder Nichterwerbstätigen. Dies gilt auch für die Kurzreisen und Tagesausflüge. Dienstreisen traten wie erwartet fast ausschließlich bei Selbständigen, Beamten und Angestellten auf. Da Dienstreisen nur bei rd. 6 % der befragten Haushalte auftraten, blieben sie aufgrund der geringen Besetzungszahlen für die weitere Betrachtung unberücksichtigt.

Bevölkerung in Privathaushalten nach Altergruppen und Haushaltsgrößen gemäß Mikrozenzus 1991 und Tourismusstichprobe 1992
%

Alter von ... bis unter ... Jahren a = Tourismusstichprobe 1992 b = Mikrozensus 1992		Bevölkerung in Privathaushalten				
		insgesamt	davon in Haushalten mit ... Person(en)			
			1	2	3	4 und mehr
unter 25	a	25,6	3,7	6,0	29,5	48,4
	b	28,5	9,5	8,5	31,7	50,9
25 – 35	a	15,1	16,8	10,1	20,8	14,6
	b	16,2	19,1	14,6	18,9	14,4
35 – 45	a	12,8	6,5	7,9	15,1	17,9
	b	13,5	8,6	8,8	16,3	17,8
45 – 55	a	12,9	7,8	16,0	15,9	10,1
	b	14,1	9,7	16,6	17,6	11,6
55 – 65	a	14,5	14,9	25,6	13,4	5,5
	b	12,8	12,3	25,3	11,2	3,7
65 und mehr	a	19,1	50,3	34,4	5,4	3,4
	b	15,1	40,8	26,2	4,3	1,6
Insgesamt	**a**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**
	b	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**

1) Vgl. hierzu die Ausführungen zur „Berechnung der Reisehäufigkeit bei längeren Reisen" auf S. 22.

Zur Reiseaktivität befragte Haushalte 1992/93 nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers und Art der Reise

Soziale Stellung	Befragte Haushalte					
	insgesamt		darunter mit angegebener Reiseart			
			längere Reisen	Kurzreisen	Tagesausflüge	Dienst- und Geschäftsreisen
	Anzahl	%				
Arbeiter	219	100	36	16	21	2
Sonstige Erwerbstätige	387	100	58	23	29	15
darunter Angestellte	253	100	57	23	28	16
Nichterwerbstätige	455	100	33	9	11	1
Insgesamt	**1 061**	**100**	**43**	**16**	**20**	**6**

Gliedert man nach der Haushaltsgröße, so ist festzustellen, daß von Mehrpersonenhaushalten im Befragungszeitraum deutlich häufiger längere Reisen durchgeführt wurden als von Einpersonenhaushalten. Dieses zunächst überraschende Ergebnis wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß bei Mehrpersonenhaushalten eine Reiseaktivität gezählt wird, auch wenn nur ein Haushaltsmitglied beteiligt war. Die Chance, daß nach dieser Rechnungsweise ein Haushalt eine Reise durchführt, steigt somit ceteris paribus mit zunehmender Haushaltsgröße. Die relative Häufigkeitsverteilung der Reisen je Person zeigt daher ein anderes Bild. Nur insgesamt 37 % der Personen unternahmen im letzten Halbjahr eine längere Reise; dabei lagen Personen in 1-, 3-, 4- und Mehrpersonenhaushalten unter dem Durchschnitt (32 % - 35 %), und nur die Personen in Zweipersonenhaushalten (45 %) wiesen einen deutlich überproportionalen Anteil auf. Bei den Zweipersonenhaushalten nahmen in 90 % der Fälle alle Haushaltsmitglieder an der Reise teil; bei den übrigen Mehrpersonenhaushalten waren dies nur ca. 50 %.

Abgesehen von den Einpersonenhaushalten ist bei dieser Betrachtungsweise eine mit zunehmender Haushaltsgröße abnehmende Reiseaktivität der Personen festzustellen.

Zur Reiseaktivität befragte Haushalte 1992/93 nach Haushaltsgröße und Art der Reise

Haushaltsgröße	Befragte Haushalte					
	insgesamt		darunter mit angegebener Reiseart			
			längere Reisen	Kurzreisen	Tagesausflüge	Dienst- und Geschäftsreisen
	Anzahl	%				
Haushalte mit ... Person(en)						
1	322	100	34	10	11	2
2	356	100	48	16	21	5
3	199	100	45	19	20	8
4 und mehr	184	100	45	21	32	14
Insgesamt	**1 061**	**100**	**43**	**16**	**20**	**6**

Dies gilt in ähnlicher Weise für die Kurzreisen; die Unterschiede sind allerdings deutlich geringer. Der Anteil der Haushalte, in denen mindestens eine Person im letzten Quartal eine Kurzreise durchführte, schwankt zwischen rd. 10 % bei Einpersonenhaushalten und rd. 21 % bei Haushalten mit 4 und mehr Personen. Der Anteil der Personen mit Kurzreisen schwankt zwischen rd. 10 % bei Personen in Einpersonenhaushalten und rd. 15 % bei Personen in Zweipersonenhaushalten.

Die Reiseaktivitäten der Einpersonenhaushalte sind vermutlich deshalb relativ gering, da hier der Anteil älterer Personen relativ hoch ist. Die Reisehäufigkeit älterer Personen war nach den Ergebnissen der Umfrage deutlich geringer als die der übrigen Personen. Die häufigsten Reiseaktivitäten (längere Reisen) wiesen mit 44 % Personen im Alter von 45 bis 54 Jahren auf.

Signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede waren sowohl bei den längeren Reisen als auch bei den Kurzreisen in keiner Altersgruppe erkennbar.

Der größte Teil der befragten Haushalte bzw. Personen hat seine längeren Reisen selbst organisiert (66 % der Haushalte bzw. 70 % der Personen); 26 % der Haushalte bzw. 24 % der Personen nahmen die Unterstützung eines professionellen Reiseveranstalters in Anspruch. Die Organisation der Reisen durch karitative Einrichtungen, Vereine o. ä. war mit 8 % bzw. 6 % eher die Ausnahme.

Unterschiede traten in den einzelnen Altersgruppen auf. Während Personen im Alter von über 35 Jahren zu 67 – 75 % ihre Reisen selbst organisierten, lag dieser Anteil bei Perso-

Anteil der Personen mit Reiseaktivitäten 1992/93 nach Altersgruppen und Reiseart
%

Reiseart a = Insgesamt b = weiblich		Personen mit Reiseaktivitäten						
		insgesamt	davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
			unter 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 und mehr
Längere Reise	a	36,8	31,7	41,1	42,7	44,2	40,0	28,9
	b	36,8	33,2	43,8	43,8	44,6	38,2	27,2
Kurzreise	a	13,4	12,1	16,8	18,8	18,0	11,3	7,3
	b	12,9	13,2	15,4	18,8	19,7	10,7	5,7

nen, die jünger als 25 Jahre waren, bei mehr als 80 %.

Signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede waren dagegen nicht erkennbar; auch spielte die Haushaltsgröße, soweit dies an den Umfrageergebnissen ablesbar war, keine wesentliche Rolle für die Reiseorganisation.

Etwa ein Viertel der Haushalte mit längeren Reisen führte im untersuchten Halbjahr zwei oder mehr längere Reisen durch; bei Kurzreisen war der Anteil höher (ca. 40 %), obwohl nur die Reisen des letzten Quartals erfragt wurden.

Für die Kurzreisen lag die Reisedauer überwiegend bei 3 und 4 Tagen (41 % bzw. 43 %); für die längeren Reisen bei 8 bis 14 Tagen (54 %) mit Schwerpunkt bei den 14tägigen Reisen (35 %). Nur 15 % der Reisen dauerten weniger als 8 Tage, 31 % der Reisen länger als 14 Tage.

Die längeren Reisen hatten zu 44 % Ziele im Inland; 50 % führten ins europäische Ausland, darunter der größte Teil (32 %) in EG-Länder. Die beliebtesten Reiseziele im Ausland lagen in Spanien (23 %) und Österreich (17 %). Naturgemäß war der Anteil der ausländischen Ziele bei Kurzreisen deutlich geringer (29 %).

Bei den längeren Reisen handelte es sich in der Hauptsache um Urlaubsreisen (73 %); 17 % dienten dem Besuch von Verwandten/Bekannten, während die sonstigen Reisezwecke (Kur, Rundreise, Weiterbildung etc.) nur selten genannt wurden. Kürzere Reisen dienten ebenfalls zum größten Teil Erholungszwecken (44 %), aber auch Besuche von Verwandten/Bekannten (38 %) waren häufig Anlaß der Reise.

Das hauptsächlich benutzte Verkehrsmittel war sowohl bei den längeren Reisen (54 %) als auch bei den Kurzreisen (69 %) der PKW. Bei den längeren Reisen waren darüber hinaus das Flugzeug (23 %) und die Eisenbahn (14 %), bei den Kurzreisen die Eisenbahn (16 %) und der Bus (11 %) von Bedeutung.

Reisen 1992/93 nach Art der Reise und Unterkunft
%

Unterkunft	Längere Reisen	Kurzreisen
Hotel	34	36
Ferienwohnung	22	4
Privatzimmer	12	13
Verwandte/Bekannte	19	33
Sonstiges (Zelt, Wohnwagen, -mobil, Erholungsheim u. ä.)	13	13

Als Unterkunft wurden in den meisten Fällen Hotels gewählt, aber auch die Unterbringung bei Verwandten oder Bekannten war, insbesondere bei den Kurzreisen, von Bedeutung.

Zuverlässigkeit der Ergebnisse

Eine Fehlerrechnung wie bei einer reinen Zufallsauswahl ist zwar aufgrund des Quotenverfahrens nicht möglich, jedoch deuten der relativ geringe Stichprobenumfang und einige während der Erhebung erkannte methodische Probleme zumindest für einige Merkmale auf eine eingeschränkte Ergebnisqualität hin.

Dies gilt in jedem Fall für Merkmalskombinationen oder weitergehende Auswertungen für einzelne Bevölkerungsgruppen, da die absoluten Fallzahlen für derartige Untergliederungen zu gering waren.

Nachteilig war die Begrenzung des Beobachtungszeitraums auf 6 Monate bei längeren Reisen und 3 Monate bei Kurzreisen. Da in jeder Welle andere Haushalte befragt wurden und Ungenauigkeiten bei der Angabe des Zeitpunktes des Antritts der Reise nicht auszuschließen sind, war eine Bestimmung der Reisen für einen Jahreszeitraum nur näherungsweise möglich.

Andererseits kann davon ausgegangen werden, daß für diese kurzen Retrospektiv-Zeiträume geringere systematische Verzerrungen aufgrund mangelnden Erinnerungsvermögens aufgetreten sind.

Probleme traten für viele Befragten bei der Bestimmung der Entfernung, der Reisekosten und der Reisedauer auf.

Auffallend war der geringe Anteil der zweitägigen Reisen (15,8 %) an den Kurzreisen insgesamt; hier war aufgrund der Wochenendreisen ein höherer Anteil zu vermuten. Dies könnte u. a. darauf zurückzuführen sein, daß in einigen Fällen Wochendreisen von

den Befragten nicht als Kurzreise angesehen oder vergessen wurden.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß aufgrund der Beschränkung der differenzierten Fragestellung auf die letzte Reise im Haushalt nur 77 % der längeren Reisen und 53 % der Kurzreisen in die Auswertung eingegangen sind.

Auch ist eine systematische Verzerrung der Ergebnisse nicht auszuschließen. Dies wäre der Fall, wenn die nicht erreichten Haushalte in ihren Reiseaktivitäten deutlich von den übrigen Haushalten abweichen, z. B. wenn die Nichterreichbarkeit vor allem in überproportional häufigen Reiseaktivitäten begründet wäre. Die deutliche Untererfassung bei den alleinlebenden Personen unter 25 Jahren könnte ein Indiz dafür sein.

Die Tatsache, daß beinahe 80 % der Haushalte telefonisch erreicht wurden und mit mehr als 80 % dieser Haushalte eine für freiwillige Befragungen sehr hohe Teilnahmebereitschaft verzeichnet werden konnte, deutet jedoch darauf hin, daß die Ergebnisse dieser Stichprobe Anhaltspunkte über den Umfang und die Struktur der Reiseaktivitäten der privaten Haushalte liefern können.

Berechnung der Reisehäufigkeit bei längeren Reisen

1. Voraussetzungen:

a) Jeweils die 1. und 3. bzw. die 2. und 4. Befragungswelle decken zusammen 12 Kalendermonate ab.
b) In jeder Welle waren gleichviele, jedoch andere Haushalte einbezogen, d. h. jeder Haushalt wurde nur einmal befragt, und jede Welle kann mit gleichem Gewicht in die Berechnung eingehen.

2. Berechnungsverfahren:

a) Die Wahrscheinlichkeit, in der i-ten Welle keine Reise unternommen zu haben bzw. der Anteil der Haushalte ohne Reise, sei W_i (0) mit i = 1, 2, 3, 4.
b) Die Wahrscheinlichkeit, in der i-ten Welle mindestens eine Reise unternommen zu haben bzw. der Anteil der Haushalte mit mindestens einer Reise, sei W_i (1) mit i = 1, 2, 3, 4.
c) Die Wahrscheinlichkeit, in der 1. und 3. Welle keine Reise unternommen zu haben bzw. die Anteile der Haushalte in diesen Wellen ohne Reisen, sei $W_{1,3}$ (0), die entsprechende Wahrscheinlichkeit für die 2. und 4. Welle sei $W_{2,4}$ (0), wobei

$$W_{1,3}(0) = 1 - [W_1(1) + W_3(1) - W_1(1) \times W_3(1)]$$

$$W_{2,4}(0) = 1 - [W_2(1) + W_4(1) - W_2(1) \times W_4(1)]$$

Da die 1. und 3. Welle bzw. die 2. und 4. Welle jeweils einen Zeitraum von 12 Monaten abdecken, ergibt sich jeweils ein Jahresergebnis aus der Addition der Wahrscheinlichkeiten je Welle abzüglich der Wahrscheinlichkeit, in beiden Wellen gereist zu sein.

d) Aus den so ermittelten zwei Werten für einen Jahreszeitraum wird der Mittelwert berechnet und als Schätzgröße für den Anteil der im 12-Monatszeitraum nicht gereisten Haushalte verwendet:

$$W(0) = \frac{W_{1,3}(0) + W_{2,4}(0)}{2}$$

Demgemäß ist der Anteil der Haushalte mit mindestens einer Reise im 12-Monatszeitraum:

$$W(1) = 1 - W(0)$$

■

Beschäftigtenzahl im Ausbaugewerbe am 30. Juni 1993

Mitte 1993 waren in den rund 3 500 Betrieben des Ausbaugewerbes in Nordrhein-Westfalen gut 84 000 Personen beschäftigt, 0,6 % mehr als Mitte 1992. Die Zahl der Betriebe ging dagegen im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 % zurück. Deutlich positiv verlief die Entwicklung beim Jahresumsatz, der 1992 eine Höhe von 12,2 Milliarden DM erreichte. Nominal waren das 10,6 % und real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, 4,2 % mehr als 1991.

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, daß sich die Ergebnisse nur auf Betriebe von Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten beziehen.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge im Berufbildungsjahr 1992/93

Trotz allgemein rückläufiger Bewerbungen um Ausbildungsplätze konnte das nordrhein-westfälische Handwerk im Berufbildungsjahr 1992/93 (Okt. 1992 bis Sept. 1993) 41 900 junge Menschen für eine Lehre in diesem zahlenmäßig zweitgrößten Ausbildungsbereich gewinnen. Damit schloß das Handwerk als einziger Ausbildungsbereich die selbe Anzahl von Neuverträgen wie in der Vorperiode 1991/92 ab.

Der drittgrößte Ausbildungsbereich „freie Berufe" mußte dagegen nach Jahren steigender Nachfrage mit nur 14 600 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen erstmals wieder einen Rückgang (−6,7 %) hinnehmen. Für den größten Ausbildungsbereich „Industrie, Handel, Banken und Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe" verschlechterte sich die Nachwuchssituation weiter; hier kamen nur 58 700 neue Ausbildungsverträge (−11,7 %) zustande.

Dipl. Soz. Wiss. 'in Dorothee Laß

1 %–Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Erstmals wird seit 15 Jahren infolge der deutsch-deutschen Wiedervereinigung und aufgrund der angespannten Wohnraumsituation eine Gebäude- und Wohnungsstichprobe in allen 16 Bundesländern durchgeführt. Hierzu wurden 1 % der Wohnungen und die dazugehörigen Gebäude als Erhebungseinheiten ausgewählt. Gebäude- und Wohnungsstichproben haben in der Bundesrepublik eine bis in die 50er Jahre zurückreichende Tradition. In den alten Bundesländern wurden neben den Gebäude- und Wohnungszählungen 1950, 1961, 1968 und 1987 Wohnungsstichproben in den Jahren 1956, 1965, 1972 und zuletzt 1978 durchgeführt.

Mit Hilfe der Ergebnisse aus der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe werden bundesweit umfassende Daten zu wohnungsspezifischen und bauwirtschaftlichen Fragestellungen erhoben. So wird ermittelt, welche regionalen Unterschiede in der Wohnraumversorgung der Bevölkerung, der Ausstattung ihrer Wohnungen und der Mietbelastung der Haushalte bestehen. Daneben wird das Mobilitätsverhalten nach Häufigkeit und Gründen für Umzüge untersucht. Zusätzlich werden eine Reihe qualitativer Merkmale erhoben, die das Wohnumfeld, die Infrastruktur und die Umweltbelastungen betreffen.

Die rechtliche Grundlage der Stichprobe bildet das am 18. 3. 1993 in Kraft getretene Gesetz über gebäude- und wohnungsstatistische Erhebungen (Wohnungsstatistikgesetz – WoStatG[1]), das zwei Erhebungen regelt:

- eine Gebäude- und Wohnungszählung, flächendeckend nur in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost zum 30. 9. 1995,
- eine Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 im gesamten Bundesgebiet auf repräsentativer Grundlage (1 vom Hundert der Wohnungen).

In Nordrhein-Westfalen wurden rd. 72 000 Wohnungen und 32 000 Gebäude in die Erhebung einbezogen, das sind 21 % aller bundesweit erfaßten Wohnungen und Gebäude.

Nutzen der Gebäude- und Wohnungsstichprobe

Die Notwendigkeit einer Gebäude- und Wohnungsstichprobe ergibt sich insbesondere aus der neuen Situation durch die Wiedervereinigung. Das starke Niveaugefälle in der Wohnraumversorgung und -ausstattung zwischen alten und neuen Bundesländern, aber auch die in den letzten Jahren zunehmend turbulente Ost-West-Migration, verbunden mit starken soziodemographischen Wandlungsprozessen – wie die Veränderung der Haushaltsstrukturen, der Trend zur frühen eigenen Haushaltsgründung junger Erwachsener, die steigenden Scheidungsziffern und ein verändertes Erwerbsverhalten von Frauen – machen eine erneute Anpassung von Planungen und Maßnahmen im wohnungsbau- bzw. sozialpolitischen Sektor dringend erforderlich. Hinzu kommt, daß für das Beitrittsgebiet nur sehr lückenhafte und ungenaue Daten vorliegen, da die Grunddaten der 1987 in den alten Bundesländern durchgeführten Wohnungszählung fehlen und die Wohnungsregister der ehemaligen DDR ideologisch gefärbte Angaben ausweisen, in denen die Wohnungsabgänge (unbewohnbarer Wohnraum und Abrisse) mitgeführt wurden[2].

Auch die Auswirkungen der jahrelangen Vernachlässigung des Wohnungsaltbestandes zugunsten der Neubauaktivitäten durch unzulängliche Betonfertigplatten-Schnellbauten werden letztendlich nur vor Ort sichtbar. Die wesentlichen Maßnahmen der Wohnungsbaupolitik werden deshalb im Osten der Bundesrepublik in der Modernisierung und Instandsetzung des Wohnraums, im Westen in der Neuschaffung von Wohnraum liegen[3].

Auswahlverfahren

Die Basis für die Stichprobe bilden die Daten der letzten Volkszählung 1987, die auch eine Gebäude- und Wohnungszählung beinhaltete, aktualisiert um die Neubautätigkeiten aus der Baustatistik. Die Gebäude- und Wohnungsstichprobe unterliegt dem gleichen Stichproben-Auswahlplan wie der Mikrozensus, der eine nach regionalen Kriterien und Gebäudegrößenklassen geschichtete 1 %-Flächenstichprobe vorsieht. Straßen und Straßenabschnitte wurden verschlüsselt und Gebäudetypen nach der Anzahl der Wohnungen und Personen pro Gebäude gebildet. Die Gebäudeschichtung dient der Klumpung in Auswahlbezirke von im Durchschnitt 9 Wohnungen. Die Vorteile der Flächenstichprobe liegen in der leichteren regionalen Erreichbarkeit für die Interviewer, da alle Erhebungseinheiten gebündelt beieinander liegen, sowie in der Verringerung systematischer Stichprobenfehler[4].

Die Tabelle auf Seite 24 gibt einen Überblick über die Verteilung der Stichprobe nach Gebäudeschichttypen und Auswahlbezirken in Nordrhein-Westfalen.

1) BGBl. I S. 337

2) „Überlegungen zur Hochrechnung der Ergebnisse der 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993" Statistisches Bundesamt VIII-GWS 93-9375/11, unveröffentlichtes Manuskript

3) Drucksache 12/3043 vom 16.7.92; Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes über gebäude- und wohnungsstatistische Erhebungen (Wohnungsstatistikgesetz – WoStatG), S. 8

4) Stichprobenplan des Mikrozensus, 2. Entwurf 1990 unveröffentlichtes Manuskript des StBA, S. 3.

Zusammensetzung der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 nach Gebäudeschichttypen und Auswahlbezirken mit rd. 9 Wohnungen

Gebäude-schicht-typ	Gebäudegrößenklasse	Auswahlbezirke				
		1993		davon		
				aus VZ[1]	Neubautätigkeiten aus der Baustatistik	
					1987 – 1989	1990 – 1992
		Anzahl[2]	%	Anzahl		
	Gebäude mit . . . Wohnungen					
I	1 – 4	3 631	41	3 390	133	108
II	5 – 10	3 487	39	3 421	30	36
III	11 und mehr	1 643	18	1 537	38	68
IV	Haushalte in Gemeinschaftsunterkünften	145	2	132	6	7
I – IV	**Insgesamt**	**8 906**	**100**	**8 480**	**207**	**219**

1) Volkszählung 1987, Stichtag 25. Mai 1987 – 2) ohne Ausfallbezirke

Ähnlich wie im Mikrozensus bestehen für die Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 Wünsche nach möglichst tiefer regionaler Gliederung der Ergebnisse. Zu diesem Zweck wurden drei regionale Schichten gebildet, die eine differenzierte regionale Ergebnisdarstellung zulassen:

- regionale Anpassungsschichten (Zusammenfassungen von durchschnittlich 500 000 Einwohnern)
- regionale Schichten (regional abgrenzbare Gebiete mit mindestens 250 000 Einwohnern)
- regionale Untergruppen (Zusammenfassung von rd. 100 000 Einwohnern).

Die Abgrenzung der drei regionalen Schichten erfolgt durch die Zusammenfassung von Kreisen, Gemeinden bis hin zu Gemeindeteilen, wobei auch einzelne Kreise oder Großstädte eine eigene Regionalschicht bilden können.

Die regionalen Untergruppen können für landesspezifische oder kommunale Zwecke genutzt werden.

Zur Vermeidung größerer Verzerrungen bei Verhältnisschätzungen und Hochrechnung der Bundes- und Landesergebnisse (Anpassung an Bevölkerungsgesamtzahlen) werden die Anpassungsschichten mit mindestens 500 000 Einwohnern aus den regionalen Schichten innerhalb eines Regierungsbezirks gebildet[5].

Untersuchungsdesign

Die Erhebung sieht zwei Befragungsmethoden vor: die mündliche Interviewerbefragung sowie die schriftliche Selbstausfüllung der Fragebögen durch die Befragten.

Inhaltlich setzt sie sich aus zwei Erhebungsteilen mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten zusammen:

- einer Gebäudeerhebung, für die ein 30 Fragen umfassender Erhebungsbogen mit Gebäude- und Grundstücksangaben entwickelt wurde;

- einer Wohnungserhebung mit einem 34 Fragen umfassenden Erhebungsbogen, der Fragen zur Wohnung und den darin lebenden Personen enthält.

Beide Erhebungsbogen sind wahlweise für die schriftliche wie auch für die mündliche Befragung durch Interviewer einsetzbar.

5) ebd.

Bei der Wohnungserhebung wird der mündlichen Befragung Vorrang gewährt, da Qualität und Vollständigkeit der Antworten gegenüber der schriftlichen Befragung deutlich höher liegen. Die Gebäudeerhebung wurde in Nordrhein-Westfalen vor der eigentlichen Feldphase (1. 10. – 12. 11. 1993) in zwei Erhebungsformen unterteilt: Gebäudeeigentümer bzw. deren Vertreter, die nicht selbst in dem zu ermittelnden Gebäude wohnen, werden postalisch befragt, während die Angaben der Gebäudeeigentümer (bzw. deren Stellvertreter), die selbst im Auswahlgebäude wohnen, von den Interviewern ermittelt werden.

Zur Durchführung der Erhebung wurden aufgrund des überwiegend mündlichen Befragungsverfahrens rd. 1 000 Interviewer als ehrenamtlich tätige Mitarbeiter gewonnen und in den organisations- und erhebungstechnischen Ablauf der Erhebung eingewiesen[6]. Davon rekrutierten sich 70 % aus erfahrenen Mikrozensus-Stamminterviewern, 30 % übernahmen erstmals eine Interviewertätigkeit beim LDS NRW. Insgesamt wurden 64 Interviewer-Schulungsveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt.

Auskunftspflicht und Erhebungsmerkmale

Duch § 9 WoStatG in Verbindung mit § 15 BStatG hat der Gesetzgeber Auskunftspflicht für den überwiegenden Teil der erfragten Merkmale festgeschrieben.

Auskunftspflichtig zu den Gebäude- und Grundstücksangaben sind die Gebäudeeigentümer, Erbbauberechtigten bzw. stellvertretend die Verwalter der Gebäude. Für die Wohnungsmerkmale sind die Wohnungsinhaber (Mieter und Wohnungseigentümer)

6) Vgl. § 14 Abs. 4 BStatG, „Erhebungsbeauftragte" BGBl. I S. 462.

– ersatzweise auch die Gebäudeeigentümer bis auf wenige freiwillige Merkmale – auskunftspflichtig. Die Haushaltsangaben sind von allen volljährigen Haushaltsmitgliedern oder einen eigenen Haushalt führenden Minderjährigen auch für andere Minderjährige dieses Haushalts zu beantworten. Ein Haushaltsmitglied kann bei Einverständnis der anderen Mitglieder Angaben für alle Haushaltsmitglieder machen, soweit sie ihnen bekannt sind. Durch § 10 WoStatG „Art der Auskunftserteilung" wird den Auskunftspflichtigen freigestellt, ob sie den Erhebungsbogen mit Hilfe des Interviewers mündlich beantworten oder selbst ausfüllen wollen. Bei den Merkmalen wird zwischen den Hilfsmerkmalen, die lediglich der „technischen Durchführung von Bundesstatistiken dienen", und den eigentlichen Erhebungsmerkmalen, d. h. Angaben über persönliche und sachliche Verhältnisse, die zur statistischen Verwendung bestimmt sind, unterschieden[7].

Als Hilfsmerkmale zur Durchführung der Gebäude- und Wohnungsstichproben dienen:

- Name und Anschrift der Auskunftspflichtigen und der nicht auskunftspflichtigen Haushaltsmitglieder
- Straße und Hausnummer des Gebäudes
- Lage der Wohnung im Gebäude
- freiwillige Angabe der Telefonnummer der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person.

Die Angaben für den Erhebungsteil „Gebäudeerhebung mit Grundstücksangaben" umfassen die folgenden Merkmale: Gemeinde, Gemeindeteil; Art des Gebäudes (Wohngebäude, sonstiges Gebäude mit Wohnraum, Wohnheim, ständig bewohnte Unterkunft); Zugehörigkeit zu einem landwirtschaftlichen Betrieb; Baujahr; Geschoßzahl; Fläche für Wohn- und Nichtwohnzwecke, Förderung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus, Ausstattung mit alters- und behindertengerechten Einrichtungen; Zahl der Wohnungen mit Nutzungsart; Zu- und Abnahme der Zahl der Wohnungen im Gebäude seit 1987; Eigentümer oder Erbbauberechtigte nach Eigentümergruppen; bei Einzelpersonen und Ehepaaren auch Berufstätigkeit oder Art des überwiegenden Lebensunterhalts; Jahr und Art des Eigentumerwerbs; bei nachträglicher Umwandlung nach dem Wohnungseigentumgesetz auch Jahr der Eintragung ins Grundbuch; Energienutzungs- und -verwendungsarten, durchschnittlicher Energie-Jahresverbrauch; Alter, Material, Lage und Volumen des Öltanks, Baujahr des Heizkessels; Fläche des zugehörigen Grundstücks nach Nutzungsarten sowie im Grundbuch eingetragenes Erbbaurecht; bei Nutzung durch Angehörige ausländischer Streitkräfte, diplomatischer/berufskonsularischer Vertretungen, im Falle privatrechtlicher Vermietung, Zahl der Wohnungen und Zahl der Räume (mit mehr als 6 Quadratmetern)[8].

Zusätzlich sieht der Erhebungsteil freiwillige Angaben zu bau- oder wohntechnischen Veränderungen bei Wohngebäuden in den letzten 10 Jahren sowie die im selben Zeitraum durchgeführten Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen in den Wohnungen vor.

Durch den Erhebungsteil Wohnungs- und Haushaltsbefragung werden folgende Angaben ermittelt: Für jedes Haushaltsmitglied in den Haushalten: Geburtsjahr; Geschlecht; Familienstand; Stellung im Beruf oder Art des überwiegenden Lebensunterhalts; Zugehörigkeit zur Wohnung und zum Haushalt, Zugehörigkeit zur Familie oder Wohngemeinschaft; Ehegatte; Art der Verwandschaft der Familienmitglieder; Staatsangehörigkeit; monatliches Nettoeinkommen; Zahl der Umzüge in den letzten zehn Jahren; Jahr und Anlaß des Einzugs; Wohnverhältnisse in der vorherigen Wohnung sowie Lage der vorherigen zur jetzigen Wohnung[9].

Durch die Wohnungsfragen werden folgende Merkmale untersucht: Nutzung der Wohnung durch Mieter, Untermieter oder Eigentümer; privatrechtliche Nutzung durch Angehörige ausländischer Streitkräfte, diplomatischer/berufkonsularischer Vertretungen; bei selbstbewohnten Eigentumswohnungen: Jahr und Art des Erwerbs; bei Eigentümern und Hauptmietern: Fläche der Wohnung, Zahl der Räume mit mehr als 6 m², darunter Zahl der untervermieteten oder gewerblich genutzten Räume; Anzahl und Fläche der Kinderzimmer; Nutzung als Haupt-, Zweit- oder Ferienwohnung; bei Haupt- oder Zweitwohnung entfällt Ausstattung, Art der Beheizung und Warmwasserversorgung mit verwendeter Energieart, Thermostatventile, Vorhandensein von Abstellräumen; Zahl der Pkw-Abstellplätze mit Lage; Entfernung zu Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel; Versorgungseinrichtungen, Gemeinschaftsanlagen, Frei- und Grünflächen (in Fußminuten); Fahrhäufigkeit der öffentlichen Verkehrsmittel; Belastung durch Luftverunreinigung und Lärm.

Bei vermieteten Wohnungen zusätzlich die Nutzung als Dienst-, Werks-, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung; Höhe der monatlichen Miete und anteiligen Betriebs- und Nebenkosten; Ermäßigung der Miete; Mieterhöhung in den letzten drei Jahren mit Angabe des Grundes; Förderung der Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus; Wohnungsmodernisierungen mit Zustimmung des Ver-

7) § 10 BStatG Abs. 1

8) WoStatG § 4 Abs. 2 Nr. 1 a-f

9) ebd. Nr. 3 a-c

mieters in den letzten drei Jahren; Leerstehen mit Grund und Dauer des Leerstehens der Wohnung[10].

Freiwillig erfaßt werden die Angaben zum Zeitpunkt und Anlaß der erstmaligen Gewährung sowie die Höhe des derzeitigen monatlichen Wohngeldes. Auch die Frage nach der Erwerbsabsicht von selbstgenutztem Wohneigentum mit Art des Objektes wird auf freiwilliger Basis erhoben.

Weiterer Ablauf und Ergebnispräsentation

Die Aufbereitung der Gebäude- und Wohnungsstichprobe wird voraussichtlich Ende 1994 abgeschlossen sein, so daß mit ersten Ergebnissen im Frühjahr 1995 zu rechnen ist. Die bis zu diesem Zeitpunkt notwendigen Aufbereitungsarbeiten umfassen vorwiegend die manuelle Kontrolle der Erhebungsunterlagen auf Vollzähligkeit und Vollständigkeit, die Datenerfassung mit anschließenden maschinellen Plausibilitätsprüfungen und Fehlerbereinigungen.

Das durch die Erhebung gewonnene umfangreiche Datenmaterial dient der Absicherung in Milliardenhöhe geplanter wohnungspolitischer Maßnahmen und bauwirtschaftlicher Investitionen[11] sowie einer sachgerechten Verteilung von Fördermitteln durch Bund, Länder und Kommunen. Die Ergebnisdarstellung erfolgt überwiegend in Tabellenform, wobei jedes erfaßte Merkmal mindestens einmal, i. d. R. jedoch in verschiedenen Merkmalskombinationen vorkommen wird. Das Tabellenprogramm der Länder beinhaltet insgesamt 50 Tabellen, davon 12 Gebäudetabellen, 11 Wohnungstabellen, 18 Haushaltstabellen, 7 Tabellen zum Wohnumfeld und 2 zum Mobilitätsverhalten. Darüber hinaus wird es eine Vielzahl von Sonderauswertungen geben. Die Ergebnisse stehen nicht nur den Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung, sondern allen interessierten Bürgern zur Verfügung. ■

10) ebd. Nr. 2 a-c
11) „Haus und Wohnung im Spiegel der Statistik 1993"; Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hg.), 3. Auflage, Bonn-Bad Godesberg 4/1993

Industrieproduktion im November 1993

Die nordrhein-westfälische Industrie (Verarbeitendes Gewerbe einschl. Bergbau) produzierte im November 1993 3 % weniger als ein Jahr zuvor. Der Rückgang beruhte vor allem auf Produktionseinbußen bei den Investitionsgütern (−7 %) und einer Verringerung der Förderung im Bergbau (−14 %). In den übrigen Wirtschaftsbereichen verlief die Produktionsentwicklung günstiger: Während der Verbrauchsgütersektor einen Rückgang um 2 % verzeichnete, konnte bei der Herstellung von Grundstoffen und Produktionsgütern das Vorjahresniveau erreicht und bei der Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln ein um 7 % höheres Ergebnis erzielt werden als vor einem Jahr.

Auftragseingänge der Industrie im November 1993

Die Auftragseingänge der nordrhein-westfälischen Industrie waren im November 1993 um knapp 1 % höher als ein Jahr zuvor; die Inlandsnachfrage blieb unverändert, während sich die Auslandsnachfrage um 2 % erhöhte.

Diese positive Entwicklung wurde in erster Linie vom Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit einem Anstieg von 5 % (Inland +1 %, Ausland +10 %) getragen. Dem standen Rückgänge bei den Auftragseingängen im Investitionsgütergewerbe (−1 %) und im Verbrauchsgütergewerbe (−2 %) gegenüber. Unterschiede zeigten sich hier zwischen der inländischen und ausländischen Nachfrage: Während im Investitionsgütergewerbe die Inlandsbestellungen das Niveau vom November 1992 erreichten und die Auslandsorders um 4 % zurückgingen, sanken die Inlandsaufträge im Verbrauchsgütergewerbe um 3 % bei gleichzeitigem Anstieg der Auslandsbestellungen um 1 %.

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in den ersten zehn Monaten des Jahres 1993

Die nordrhein-westfälischen Beherbergungsbetriebe (mit mindestens 9 Gästebetten) konnten von Januar bis Oktober 1993 9,9 Millionen Gäste begrüßen, die zusammen 30,6 Millionen mal in den Betrieben übernachteten. Im Vergleich zu den ersten zehn Monaten 1992 ging damit die Zahl der Gäste um 2,2 % und die der Übernachtungen um 1,8 % zurück.

Unterschiedliche Resultate ergaben sich für die einzelnen Fremdenverkehrsgebiete des Landes: So stieg die Zahl der Übernachtungen in den Regionen „Münsterland" (+4,1 % auf 2,1 Millionen), „Wittgensteiner Land" (+0,4 % auf 0,7 Millionen) und „Westfälisches Ruhrgebiet" (+0,3 % auf 1,8 Millionen) nochmals an. In den Gebieten „Niederrhein-Ruhrland" (6,5 Millionen) und „Eifel" (2,2 Millionen) blieb die Zahl der Übernachtungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum unverändert, während sich für die Fremdenverkehrsregionen „Siebengebirge" (−1,7 % auf 2,0 Millionen), „Sauerland" (−2,4 % auf 5,4 Millionen), „Teutoburger Wald" (−3,3 % auf 7,5 Millionen), „Bergisches Land" (−7,5 % auf 2,1 Millionen) und „Siegerland" (−10,4 % auf 0,3 Millionen) rückläufige Übernachtungszahlen ergaben.

Insgesamt belief sich im Sommerhalbjahr 1993 (Mai bis Oktober) die Zahl der Gäste in NRW auf 6,4 Millionen (−2,6 % geg. Sommerhalbjahr 1992) und das Übernachtungsaufkommen auf 20,0 Millionen (−2,5 %).

Aktuelle Ergebnisse

Preisindex für die Lebenshaltung in Nordrhein-Westfalen

Dezember 1993 (Basis 1985 = 100)

Hauptgruppe / Gütergruppe / Gut	Wägungsanteil	Indexstand	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres	Indexstand			Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres		
				Haushaltstyp[1]			Haushaltstyp[1]		
	alle privaten Haushalte			1	2	3	1	2	3
	‰	Punkte	%	Punkte			%		
Gesamtpreisindex	**1 000**	**119,5**	**+3,5**	**118,8**	**118,9**	**120,6**	**+3,2**	**+3,1**	**+3,4**
ohne Heizöl und Kraftstoffe	952,49	121,3	+3,7	119,6	120,5	122,1	+3,4	+3,5	+3,7
ohne Saisonwaren	977,15	120,0	+3,4	119,8	119,4	121,1	+3,4	+3,1	+3,4
ohne Dienstleistungen und Reparaturen (jedoch mit Wohnungs- und Garagennutzung)	750,29	115,5	+2,8	116,6	116,1	116,1	+3,1	+2,7	+2,7
nur Dienstleistungen und Reparaturen (ohne Wohnungs- und Garagennutzung)	249,71	131,4	+5,3	128,7	130,3	132,0	+4,1	+5,0	+5,2
nur Heizöl und Kraftstoffe	47,51	83,5	−2,8	82,5	89,1	87,5	−2,8	−3,7	−3,3
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	**229,89**	**113,3**	**+1,9**	**110,6**	**113,2**	**112,9**	**+1,6**	**+1,8**	**+1,8**
Nahrungsmittel zusammen	133,73	110,2	+1,2	109,6	110,7	110,0	+1,2	+1,2	+1,1
saisonabhängige Nahrungsmittel	15,59	91,5	+3,3	91,7	91,2	90,2	+3,1	+4,0	+3,6
Frischgemüse	5,89	84,8	+1,6	84,7	84,4	84,4	+1,8	+1,3	+1,6
Frischfisch	0,91	145,8	+2,7	142,3	142,6	142,3	+1,1	+1,3	+1,1
Frischobst	7,64	85,7	+6,1	85,4	87,2	86,1	+5,7	+7,8	+6,4
Kartoffeln	1,51	114,8	−0,7	114,8	114,8	114,8	−0,7	−0,7	−0,7
sonstige Nahrungsmittel	117,78	112,7	+0,9	112,5	112,7	112,5	+1,0	+0,9	+0,9
Milch, Eier, Butter, Fette, Öle	24,57	107,9	+0,9	106,7	108,2	108,2	+0,9	+0,9	+0,7
Getränke, Tabakwaren	60,33	114,8	+2,3	109,8	115,8	114,1	+2,0	+2,4	+2,1
Verzehr in Gaststätten und Kantinen	43,94	122,4	+3,4	124,1	123,6	123,1	+3,4	+3,6	+3,4
Bekleidung, Schuhe	**69,47**	**119,9**	**+3,3**	**120,2**	**119,8**	**119,9**	**+3,4**	**+3,3**	**+3,3**
Bekleidung	49,50	120,6	+3,6	121,2	120,3	120,5	+3,6	+3,6	+3,6
Schuhe	11,73	120,2	+2,6	120,1	121,1	121,0	+2,7	+2,6	+2,6
Wohnungsmieten, Energie	**250,29**	**117,7**	**+4,0**	**121,1**	**120,0**	**119,7**	**+4,0**	**+4,1**	**+4,1**
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	177,77	128,9	+4,6	132,5	130,6	129,4	+4,7	+4,6	+4,6
Energie	72,52	90,2	+1,7	93,2	91,2	89,1	+1,7	+1,7	+1,8
feste Brennstoffe (z. B. Kohle)	3,48	110,5	+1,6	110,0	109,2	106,3	+1,4	+1,1	+0,5
Heizöl	16,24	57,9	+1,4	57,9	57,9	57,9	+1,4	+1,4	+1,4
Gas	11,90	82,9	+3,0	82,5	81,7	80,8	+3,1	+3,2	+3,3
Umlage für Heizung, Warmwasser und Fernwärme	13,78	80,4	+1,8	80,1	80,1	80,1	+1,8	+1,8	+1,8
Elektrizität	27,12	115,1	+1,2	115,3	115,4	115,3	+1,2	+1,3	+1,3
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	**72,21**	**117,1**	**+2,9**	**118,6**	**116,2**	**116,3**	**+2,6**	**+2,7**	**+2,8**
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	**40,99**	**119,8**	**+4,1**	**131,3**	**122,9**	**115,4**	**+8,2**	**+6,3**	**+2,1**
Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**144,03**	**120,7**	**+2,9**	**117,8**	**118,8**	**121,3**	**+3,1**	**+2,2**	**+2,7**
Kfz-Reparaturen	10,46	137,3	+5,3	137,2	137,1	137,1	+5,6	+5,9	+5,8
Pkw	50,38	131,7	+4,8	133,8	131,7	131,4	+5,5	+4,9	+4,8
Kraftstoffe (Benzin, Diesel)	31,27	96,8	−4,0	98,4	98,3	98,5	−4,5	−4,4	−4,4
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit	**83,71**	**116,8**	**+2,0**	**121,8**	**117,4**	**117,4**	**+1,7**	**+2,5**	**+2,0**
Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	**109,41**	**138,3**	**+7,0**	**137,9**	**135,9**	**139,9**	**+5,8**	**+5,8**	**+6,8**
Dienstleistungen der Versicherungen	63,15	146,3	+9,4	142,2	141,5	147,8	+9,3	+9,4	+9,5

1) Haushaltstyp 1: Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfempfängern mit geringem Einkommen
Haushaltstyp 2: Vier-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen
Haushaltstyp 3: Vier-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen

Gemeindefinanzen in Nordrhein-Westfalen

Ausgaben, Einnahmen und Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Ausgaben / Einnahmen / Schulden	2. Halbjahr 1992	1. Halbjahr 1993		Veränderung 1. Halbjahr 1993 gegenüber 1. Halbjahr 1992
	1 000 DM		%	
Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zusammen	41 795 475	41 645 518	83,2	+ 9,3
darunter				
Personalausgaben	10 764 479	9 322 715	18,6	+ 5,9
Sachaufwand	5 957 166	5 398 333	10,8	+ 8,7
Leistungen der Sozialhilfe u. ä.	7 069 700	8 424 024	16,8	+ 17,1
Zinsausgaben	1 886 963	1 604 575	3,2	+ 9,3
Gewerbesteuerumlage	1 485 136	252 689	0,5	– 49,8
Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammen	10 247 617	8 407 569	16,8	+ 8,5
darunter				
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	537 576	368 824	0,7	+ 29,5
Erwerb von Vermögen	1 943 332	1 286 468	2,6	– 2,8
Baumaßnahmen zusammen	5 527 480	3 700 148	7,4	– 0,8
darunter für				
Schulen	552 329	400 693	0,8	+ 14,5
Straßen	1 308 938	814 848	1,6	+ 2,4
Abwasserbeseitigung	1 717 166	975 122	1,9	– 3,8
Tilgung von Krediten, Rückzahlung von inneren Darlehen	1 720 756	1 680 194	3,4	+ 39,6
darunter				
ordentliche Tilgung von Krediten am Kreditmarkt	971 187	796 754	1,6	+ 8,5
außerordentliche Tilgung von Krediten, Umschuldungen am Kreditmarkt	651 999	802 347	1,6	+107,7
Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes insgesamt	**52 043 092**	**50 053 087**	**100**	**+ 9,1**
Einnahmen des Verwaltungshaushaltes zusammen	42 601 557	38 960 770	80,2	+ 4,9
darunter				
Steuern zusammen	16 551 804	10 631 619	21,9	– 5,1
darunter				
Grundsteuer A	30 378	30 381	0,1	+ 6,3
Grundsteuer B	1 377 167	1 333 197	2,7	+ 6,8
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	6 953 353	5 865 986	12,1	– 12,2
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	8 041 429	3 235 621	6,7	+ 4,8
allgemeine Umlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden	5 508 466	6 344 930	13,1	+ 12,7
Zuweisungen vom Land	3 742 897	6 595 760	13,6	+ 5,8
Gebühren, sonstige Entgelte, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Ersatz von sozialen Leistungen	8 902 628	8 470 300	17,4	+ 13,5
Einnahmen des Vermögenshaushaltes zusammen	9 316 662	9 590 620	19,8	+ 19,3
darunter				
Entnahmen aus Rücklagen	175 750	444 755	0,9	– 13,2
Einnahmen aus der Veräußerung von Vermögen	885 946	753 061	1,6	– 2,0
Beiträge und ähnliche Entgelte	459 070	345 366	0,7	+ 9,2
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen zusammen	2 942 170	1 744 263	3,6	+ 12,0
vom Land	2 579 028	1 568 285	3,2	+ 13,0
Einnahmen aus Krediten und inneren Darlehen	3 534 990	3 176 253	6,5	+ 55,7
Einnahmen des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes insgesamt	**51 918 219**	**48 551 390**	**100**	**+ 7,4**
darunter				
Zuführung vom Vermögenshaushalt	84 187	266 308	0,5	– 27,8
Zuführung vom Verwaltungshaushalt	1 134 606	3 041 632	6,3	+ 10,3
innere Verrechnungen	666 716	926 834	1,9	+ 5,6
Schulden zusammen	47 658 219	48 917 697	100	+ 6,1
Kreditmarktmittel	46 048 345	47 318 917	96,7	+ 6,4
Schuldenaufnahme zusammen	3 528 490	3 151 972	100	+ 54,5
Kreditmarktmittel	3 466 478	3 095 044	98,2	+ 56,4

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Nordrhein-Westfalen

Betriebe, Beschäftigte, Löhne und Gehälter sowie Umsatz im November 1993*)

Systematik-Nr.	Wirtschaftszweig Hauptgruppe		Betriebe	Beschäftigte ins-gesamt	Beschäftigte darunter Arbeiter	Brutto-löhne	Brutto-gehälter	Gesamtumsatz ins-gesamt	Gesamtumsatz darunter Auslands-umsatz
			Anzahl			1 000 DM			
21	Bergbau	B	80	106 856	83 502	366 746	237 483	1 793 677	45 172
22	Mineralölverarbeitung	G	18	6 510	3 570	19 109	25 193	1 770 289	8 547
24	Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	G	1	.	.	.	.	.	.
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	G	674	31 668	21 915	124 717	81 951	792 771	86 856
27	Eisenschaffende Industrie	G	113	94 100	67 515	262 927	169 425	1 948 630	714 223
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	G	97	27 418	19 753	107 531	72 642	704 874	202 809
29	Gießerei	G	196	30 451	23 785	108 464	53 183	400 022	78 705
3011	Stabziehereien, Kaltwalzwerke	G	65	10 632	7 201	34 818	29 659	292 931	88 995
3015	Drahtziehereien (einschl. Herstellung von Drahterzeugnissen)	G	90	11 504	8 458	38 409	24 972	232 429	49 607
3021	Herstellung von Gesenk- und leichten Freiformschmiedestücken, schweren Preß-, Zieh- und Stanzteilen	I	168	22 338	17 240	82 593	40 889	342 520	74 084
3025	Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	I	465	32 824	24 624	111 920	61 214	468 520	101 439
3030	Mechanik	G	61	.	.	.	.	.	.
31	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	I	556	66 924	46 255	247 069	165 046	1 125 123	114 898
32	Maschinenbau	I	1 680	253 421	149 659	761 117	847 624	4 731 592	2 043 092
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	I	499	111 371	85 291	505 604	273 903	3 084 071	1 293 674
34	Schiffbau	I	14	906	703	3 409	1 368	7 396	2 143
35	Luft- und Raumfahrzeugbau	I	8	1 115	359	1 569	6 601	17 789	6 647
36	Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	I	951	182 112	113 898	519 211	566 772	3 486 387	809 051
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	I	191	13 525	8 468	33 967	36 635	185 094	45 914
38	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	I	1 033	124 132	88 894	403 564	274 029	2 397 966	588 971
39	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Schmuck, Füllhaltern; Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen; Foto- und Filmlabors	V	56	5 187	3 639	13 904	9 990	89 745	19 631
40	Chemische Industrie	G	431	176 768	87 452	656 558	957 995	5 471 396	2 206 001
50	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	I	27	8 494	1 993	9 312	45 747	139 825	21 612
51	Feinkeramik	V	21	3 045	1 998	10 462	9 003	54 499	7 886
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	V	73	18 931	14 308	90 660	45 944	377 090	85 324
53	Holzbearbeitung	G	196	11 448	8 597	42 814	19 710	288 383	22 947
54	Holzverarbeitung	V	634	66 729	51 147	264 217	111 182	1 516 777	137 076
55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	G	40	11 462	8 561	57 017	30 535	348 095	157 215
56	Papier- und Pappeverarbeitung	V	242	32 019	23 492	120 195	72 234	736 336	173 349
57	Druckerei, Vervielfältigung	V	480	39 157	27 076	157 837	101 321	679 764	34 971
58	Herstellung von Kunststoffwaren	V	698	74 935	53 002	261 209	188 338	1 470 539	317 507
59	Gummiverarbeitung	G	58	14 442	10 583	52 622	32 125	217 622	57 946
61	Ledererzeugung	V	7	658	537	2 336	1 052	19 653	2 925
62	Lederverarbeitung	V	60	5 185	3 607	11 354	10 908	90 470	21 885
63	Textilgewerbe	V	374	47 782	32 849	163 651	119 924	978 751	270 083
64	Bekleidungsgewerbe	V	381	32 708	21 478	67 841	78 187	599 923	104 213
65	Reparatur von Gebrauchsgütern (ohne elektrische Geräte für den Haushalt)	V	3	153	130	443	105	1 263	–
68	Ernährungsgewerbe	N	850	114 552	73 682	323 125	248 698	4 098 475	348 267
69	Tabakverarbeitung	N	8	1 276	620	1 798	4 816	20 814	1 430
	Bergbau	**B**	**80**	**106 856**	**83 502**	**366 746**	**237 483**	**1 793 677**	**45 172**
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	**2 040**	**428 539**	**269 034**	**1 511 602**	**1 500 701**	**12 497 213**	**3 678 774**
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	**I**	**5 592**	**817 162**	**537 384**	**2 679 335**	**2 319 828**	**15 986 283**	**5 101 525**
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	**V**	**3 029**	**326 489**	**233 263**	**1 164 109**	**748 188**	**6 614 810**	**1 174 850**
	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	**N**	**858**	**115 828**	**74 302**	**324 923**	**253 514**	**4 119 289**	**349 697**
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe		**11 599**	**1 794 874**	**1 197 485**	**6 046 715**	**5 059 714**	**41 011 272**	**10 350 018**

*) Betriebsergebnisse

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Nordrhein-Westfalen

Energieverbrauch im III. Quartal 1993

Energie insgesamt in SKE[1]	Verbrauch an: Kohle in SKE	Heizöl: extra leicht und leicht	Heizöl: mittelschwer, schwer und extra schwer	Orts-, Kokerei- und Ferngas	Erdgas	Strom	Systematik-Nr.
	t			1 000 Nm³		1 000 kWh	
1 957 968	2 014 779	5 882	9 816	109 114	1 740	2 636 370	21
477 698	–	59 564	218 656	6 610	25 345	530 789	22
.	–	.	–	–	.	.	24
568 466	303 580	12 414	20 843	5 715	112 650	617 282	25
3 149 964	2 069 658	2 745	157 620	292 689	275 814	2 564 843	27
376 786	42 854	4 276	3 588	216	73 842	1 900 771	28
91 413	20 806	1 985	84	1 196	24 596	299 173	29
26 627	–	748	19	1 567	10 262	93 365	3011
25 433	29	274	4	2 323	9 816	84 802	3015
35 227	–	1 367	266	2 534	12 231	123 101	3021
64 925	–	2 127	173	3 359	29 339	181 646	3025
.	–	.	14	7	.	.	3030
25 635	101	1 851	40	634	11 154	70 297	31
117 099	3 548	6 951	720	1 482	38 312	444 774	32
93 676	6 297	3 007	1 284	646	27 671	383 861	33
275	6	47	5	20	36	1 025	34
295	–	48	–	–	3	1 800	35
80 645	308	4 726	2 329	1 477	20 543	361 072	36
2 936	–	220	24	4	639	14 702	37
89 309	26	6 235	207	3 494	28 542	337 437	38
2 802	6	249	8	24	921	10 481	39
2 164 924	432 704	119 354	216 163	28 664	755 871	4 206 904	40
4 809	–	40	–	4	2 404	17 664	50
17 660	–	272	19	1 232	11 541	15 714	51
186 290	–	276	28 220	27 556	65 183	288 663	52
20 480	967	1 404	1 503	–	1 290	121 255	53
24 754	–	3 043	725	–	1 343	148 157	54
325 259	111 653	1 662	10 359	–	109 618	755 658	55
62 349	7	2 796	3 216	2 291	20 768	212 424	56
30 786	–	831	20	380	9 936	139 578	57
89 199	7 017	3 653	620	122	14 321	483 956	58
20 760	940	862	230	256	7 988	72 068	59
.	84	.	–	–	600	2 168	61
878	–	139	–	1	88	4 613	62
123 876	260	3 854	4 169	807	62 281	305 588	63
9 021	46	1 289	600	388	1 704	31 130	64
.	–	.	–	–	–	112	65
323 565	43 162	24 878	23 153	6 762	111 338	635 430	68
324	–	16	–	–	108	1 388	69
1 957 968	**2 014 779**	**5 882**	**9 816**	**109 114**	**1 740**	**2 636 370**	**B**
7 249 335	**2 983 191**	**205 373**	**629 083**	**339 243**	**1 407 171**	**11 257 341**	**G**
514 833	**10 285**	**26 619**	**5 048**	**13 654**	**170 874**	**1 937 379**	**I**
549 078	**7 420**	**16 662**	**37 597**	**32 801**	**188 686**	**1 642 584**	**V**
323 889	**43 162**	**24 894**	**23 153**	**6 762**	**111 446**	**636 818**	**N**
10 595 101	**5 058 836**	**279 430**	**704 697**	**501 574**	**1 879 917**	**18 110 492**	

1) ohne die zur Stromeigenerzeugung verbrauchte Energie aus Kohle, Heizöl und Gas, da bereits in deren Verbrauchswerten enthalten

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Nordrhein-Westfalen

Oktober 1993

Straßenart Ortslage	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte			Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat			
		Getötete	Schwer-	Leicht-	Unfälle mit Personenschaden	Getötete	Schwer-	Leicht-
			verletze				verletzte	
	Anzahl				%			
Autobahnen	494	16	189	633	+8,8	+ 6,7	+19,6	+11,8
Bundesstraßen	1 432	31	477	1 473	−4,7	+ 6,9	− 0,8	− 8,0
innerorts	946	11	238	985	−4,1	–	− 5,2	− 6,4
außerorts	486	20	239	488	−6,0	+11,1	+ 3,9	−11,1
Landesstraßen	1 945	46	667	1 948	−3,7	+15,0	− 0,6	–
innerorts	1 219	18	304	1 194	−5,1	+63,6	− 7,0	− 4,6
außerorts	726	28	363	754	−1,2	− 3,4	+ 5,5	+ 8,3
Kreisstraßen	723	8	263	641	+1,8	x	+16,9	− 5,6
innerorts	471	–	139	423	+2,2	x	+24,1	− 6,4
außerorts	252	8	124	218	+1,2	x	+ 9,7	− 4,0
Andere Straßen	2 220	16	532	2 041	−7,6	+14,3	−12,2	− 7,7
innerorts	2 065	13	484	1 881	−7,7	+ 8,3	−12,2	− 8,3
außerorts	155	3	48	160	−6,6	x	−12,7	–
Insgesamt	**6 814**	**117**	**2 128**	**6 736**	**−3,9**	**+ 2,6**	**− 0,6**	**− 3,8**
innerorts	**4 701**	**42**	**1 165**	**4 483**	**−5,4**	**+13,5**	**− 6,1**	**− 6,7**
außerorts	**2 113**	**75**	**963**	**2 253**	**−0,4**	**− 2,6**	**+ 7,0**	**+ 2,5**

Tagesdatum	Unfälle mit Personenschaden				Verunglückte			Unfälle mit schwerem Sachschaden[1]	Unfälle mit Personen und schwerem Sachschaden[1]
	insgesamt	davon mit Getötete	davon mit Schwer-	davon mit Leicht-	Getöteten	Schwer-	Leicht-		
			verletzten			verletzte			
1. 10. Freitag	264	3	66	195	3	73	261	89	353
2. 10. Samstag	246	4	74	168	5	96	259	121	367
3. 10. Sontag	155	5	42	108	5	61	180	115	270
4. 10. Montag	274	–	66	208	–	75	272	106	380
5. 10. Dienstag	271	5	70	196	6	79	256	130	401
6. 10. Mittwoch	248	4	56	188	4	62	259	109	357
7. 10. Donnerstag	252	4	65	183	4	76	240	78	330
8. 10. Freitag	275	4	55	216	4	59	290	122	397
9. 10. Samstag	220	8	64	148	8	79	237	99	319
10. 10. Sonntag	159	1	47	111	1	59	176	77	236
11. 10. Montag	212	6	59	147	7	68	192	92	304
12. 10. Dienstag	186	1	54	131	1	63	173	85	271
13. 10. Mittwoch	189	6	49	134	6	60	178	85	274
14. 10. Donnerstag	258	7	66	185	7	76	251	156	414
15. 10. Freitag	170	1	69	200	1	77	274	134	404
16. 10. Samstag	180	2	51	127	2	68	172	86	266
17. 10. Sonntag	151	4	52	95	4	71	161	73	224
18. 10. Montag	279	3	76	200	3	80	250	140	419
19. 10. Dienstag	216	2	47	167	2	53	214	80	296
20. 10. Mittwoch	207	6	54	147	7	62	195	72	279
21. 10. Donnerstag	309	6	72	231	6	83	296	141	450
22. 10. Freitag	224	1	57	166	1	63	225	102	326
23. 10. Samstag	182	6	50	126	6	63	180	99	281
24. 10. Sonntag	118	2	40	76	2	58	121	88	206
25. 10. Montag	199	4	64	131	4	79	175	88	287
26. 10. Dienstag	223	2	56	165	2	64	208	95	318
27. 10. Mittwoch	213	1	46	166	2	55	202	99	312
28. 10. Donnerstag	239	4	50	185	4	62	272	86	325
29. 10. Freitag	271	5	90	176	5	108	228	122	393
30. 10. Samstag	202	4	55	143	4	62	195	99	301
31. 10. Sonntag	122	1	30	91	1	34	144	74	196
Zusammen	6 814	112	1 792	4 910	117	2 128	6 736	3 142	9 956

1) von 4 000 und mehr DM bei einem der Geschädigten

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung			
1	* Bevölkerung am Monatsende	Anzahl	17 423 241	17 590 082
2	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	1 664 415	1 803 208
	Bevölkerungsbewegung			
	Natürliche Bevölkerungsbewegung			
3	* Eheschließungen[2]	Anzahl	9 274	9 242
4	* Lebendgeborene[3]	Anzahl	16 536	16 408
5	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	2 331	2 574
6	* Gestorbene[4] (ohne Totgeborene)	Anzahl	16 067	15 734
7	* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	125	114
8	* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (−)	Anzahl	+469	+674
	Wanderungen			
9	* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	33 571	35 492
10	* darunter aus dem Ausland[5]	Anzahl	18 342	22 055
11	* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	20 688	22 058
12	* darunter in das Ausland	Anzahl	9 455	10 491
13	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (−)	Anzahl	+12 883	+13 434
14	* Innerhalb des Landes Umgezogene[6]	Anzahl	38 827	40 879
			1991	1992
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Arbeitsmarkt			
15	* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer[7]	1 000	6 046	6 099
16	* Frauen	1 000	2 381	2 436
17	* Ausländer	1 000	489	522
18	* Teilzeitbeschäftigte	1 000	593	625
19	* darunter Frauen	1 000	552	581
	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Wirtschaftsabteilung			
20	* Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1 000	215	207
21	* darunter Frauen	1 000	17	17
22	* Verarbeitendes Gewerbe[8]	1 000	2 302	2 256
23	* darunter Frauen	1 000	561	548
24	* Baugewerbe	1 000	361	368
25	* darunter Frauen	1 000	34	36
26	* Handel	1 000	885	906
27	* darunter Frauen	1 000	473	485
28	* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	288	293
29	* darunter Frauen	1 000	80	83

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) nach dem Ereignisort – 3) nach der
7) ohne Landwirtschaft – 8) einschl. ohne Angabe des Wirtschaftszweigs

1992			1993				Lfd. Nr.
April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
17 550 468	17 567 572	17 585 376	17 700 955	17 707 358	17 713 658	17 722 438	1
.	.	.	1 879 044	1 886 623	1 892 643	1 899 718	2
8 846	12 385	11 917	6 550	7 781	12 458	11 416	3
15 638	16 482	16 280	17 147	15 420	15 091	17 086	4
2 296	2 480	2 691	2 708	2 508	2 423	2 823	5
15 799	15 905	14 687	20 244	16 076	14 979	15 577	6
111	118	99	104	95	88	112	7
−161	+577	+1 593	−3 097	−656	+112	+1 509	8
29 554	34 316	36 064	36 090	29 121	25 817	29 918	9
17 839	22 666	23 232	24 585	18 386	16 700	19 726	10
18 904	17 525	20 197	24 472	22 062	19 629	22 647	11
8 425	8 456	9 200	13 279	11 264	10 316	12 030	12
+10 650	+16 791	+15 867	+11 618	+8 717	+6 188	+7 271	13
35 915	34 476	39 463	42 571	39 583	36 728	39 888	14

1991		1992				1993	
30. September	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. September	31. Dezember	31. März	
6 108	6 078	6 086	6 080	6 136	6 092	6 040	15
2 408	2 409	2 423	2 421	2 452	2 448	2 438	16
504	489	501	513	531	544	546	17
595	606	616	622	625	637	641	18
554	564	573	578	581	593	595	19
216	212	211	207	207	204	201	20
17	17	17	17	17	17	17	21
2 319	2 295	2 282	2 266	2 267	2 208	2 162	22
566	558	555	551	550	534	523	23
371	362	363	367	377	365	364	24
35	35	35	36	37	36	36	25
894	899	903	901	913	908	905	26
477	482	484	482	488	487	484	27
293	292	292	293	296	292	289	28
81	81	82	82	84	83	82	29

Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen – 5) einschl. ungeklärt und ohne Angabe – 6) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene –

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Noch: **Arbeitsmarkt**			
	Noch: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in der Wirtschaftsabteilung			
1	* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 000	221	226
2	* darunter Frauen	1 000	114	118
3	* Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	1 000	1 266	1 319
4	* darunter Frauen	1 000	818	855
5	* Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	1 000	156	162
6	* darunter Frauen	1 000	106	110
7	* Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	1 000	349	350
8	* darunter Frauen	1 000	178	181
			1992	1993
			Monatsdurchschnitt	
9	* Arbeitslose[2]	1 000	584	709
10	* darunter Frauen	1 000	261	301
	Arbeitslosenquote[2]			
11	* Insgesamt	%	8,0	9,7
12	* Frauen	%	8,9	10,0
13	* Männer	%	7,4	9,4
14	* Ausländer	%	15,1	18,5
15	* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	%	6,9	8,4
16	* Offene Stellen[2]	1 000	67	52
17	* Kurzarbeiter[2][3]	1 000	74	182
			1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Tierische Produktion			
18	* Schlachtmengen[4] darunter	1 000 t	120	112
19	* Rinder	1 000 t	30	26
20	* Kälber	1 000 t	2	2
21	* Schweine	1 000 t	88	84
22	* Konsumeier[5]	1 000	95 979	95 856
23	* Geflügelfleisch[6]	1 000 kg	4 544	4 274
24	* Milcherzeugung (an Molkereien geliefert)	1 000 t	218	212

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Quelle: Landesarbeitsamt
Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeier. – 6) aus Schlachtungen

1991		1992				1993	Lfd. Nr.
30. September	31. Dezember	31. März	30. Juni	30. September	31. Dezember	31. März	
224	224	224	223	229	229	227	1
116	116	116	116	120	120	119	2
1 283	1 285	1 302	1 313	1 334	1 327	1 332	3
830	833	844	848	865	864	868	4
157	159	160	161	162	165	166	5
106	107	108	109	110	112	113	6
351	349	350	349	350	350	349	7
180	179	180	180	181	182	182	8

1992			1993				
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
593	603	633	716	732	743	764	9
267	268	274	306	311	312	315	10
8,2	8,3	8,7	9,8	10,0	10,1	10,4	11
9,1	9,1	9,3	10,2	10,3	10,4	10,5	12
7,5	7,7	8,3	9,5	9,8	10,0	10,4	13
15,9	16,5	17,3	18,6	19,6	20,2	20,9	14
7,1	7,2	7,4	8,7	8,4	8,6	8,7	15
64	58	53	50	45	43	42	16
91	138	233	129	161	151	138	17

1992			1993				
September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
116	122	117	109	112	116	114	18
27	28	26	22	24	22	24	19
2	2	2	2	2	2	2	20
87	91	89	85	86	92	88	21
96 799	98 854	93 195	66 599p	75 849p	62 568p	65 472p	22
4 220	4 645	4 144	3 230	3 271	3 358	3 329	23
204	203	190	224	207	204	190	24

Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf – 3) Monatsmitte – 4) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 5) erzeugte inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe[2]			
1	* Beschäftigte[3]	1 000	2 038	1 983
2	* darunter Arbeiter[4]	1 000	1 408	1 355
3	* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	187 377	180 564
4	* Bruttolohnsumme	Mill. DM	5 345	5 430
5	* Bruttogehaltsumme	Mill. DM	3 811	4 014
6	* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	43 201	43 324
7	* darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	11 218	11 180
8	* Index des Auftragseingangs (real)	1985 = 100	117,9	114,2
9	* Inland	1985 = 100	127,2	122,4
10	* Ausland	1985 = 100	99,9	98,0
11	* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	104,8	102,2
12	* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	127,5	122,3
13	* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	128,0	124,5
14	* Index der Nettoproduktion[5]	1985 = 100	116,3	111,9
15	* Bergbau	1985 = 100	80,2	77,4
16	* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	106,8	105,4
17	* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	126,6	119,3
18	* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	124,4	119,5
19	* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	132,0	128,8
			1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Öffentliche Energieversorgung			
20	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 860	11 806
21	* Stromverbrauch[6]	Mill. kWh	10 784	10 500
			1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Bauwirtschaft und Bautätigkeit			
	Bauhauptgewerbe[7]			
22	* Beschäftigte[3]	Anzahl	241 850	240 849
23	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	25 167	25 574
	darunter für den			
24	* Wohnungsbau	1 000	8 216	8 484
25	* gewerblichen und industriellen Bau[8]	1 000	9 797	9 795
26	* öffentlichen und Verkehrsbau	1 000	7 072	7 167

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im einschl. Verlusten – 7) nach der Totalerhebung hochgerechnet – 8) ohne landwirtschaftlichen Bau

1992			1993				Lfd. Nr.
September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
1 982	1 962	1 949	1 832	1 824	1 805	1 794	1
1 352	1 336	1 323	1 231	1 222	1 207	1 197	2
183 015	185 317	176 916	153 010	163 263	159 957	158 706	3
5 413	5 720	6 511	4 957	4 956	5 195	6 056	4
3 801	3 876	5 249	3 705	3 732	3 776	5 084	5
47 206	44 979	43 008	37 443	43 191	41 364	41 000	6
12 088	11 324	11 056	9 232	11 036	10 264	10 374	7
116,2	109,9	104,6	99,3	109,2	105,8	104,9	8
126,0	120,1	111,6	107,1	118,0	111,4	111,5	9
97,0	90,0	91,0	84,2	91,9	95,0	92,1	10
101,3	100,6	93,0	89,7	98,5	97,2	96,9	11
123,0	112,9	111,9	98,4	110,8	108,9	110,2	12
137,7	125,0	115,2	126,8	133,2	121,0	112,3	13
114,4	111,2	116,6	95,1	108,4	108,1	113,3	14
76,2	78,2	78,4	65,5	66,9	67,0	68,6	15
106,5	104,6	106,3	96,5	103,7	104,8	107,3	16
124,3	116,7	126,0	93,1	112,9	110,3	117,7	17
123,2	123,3	128,8	101,9	120,9	121,2	126,1	18
126,4	129,2	135,8	122,5	132,6	135,2	145,7	19

1992			1993				
August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
10 118	11 027	12 713	9 843	9 596	10 320	11 770	20
8 634	9 858	11 198	9 224	9 312	10 570	10 825	21

1992			1993				
September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
243 673	241 152	239 609	242 605	241 891	241 032	237 275	22
28 693	28 274	25 271	25 871	27 914	26 964	23 345	23
9 562	9 398	8 415	9 196	10 097	9 605	8 245	24
10 724	10 730	9 559	9 487	10 129	9 741	8 061	25
8 235	8 015	7 150	7 070	7 594	7 362	6 348	26

allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten – 3) einschl. der tätigen Inhaber – 4) einschl. der gewerblich Auszubildenden – 5) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt – 6)

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: **Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe**[2]			
	Noch: Bauhauptgewerbe[3]			
1	* Bruttolohnsumme	Mill. DM	719,3	762,8
2	* Bruttogehaltsumme	Mill. DM	197,3	218,0
3	* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	2 879,6	3 162,5
4	* Index des Auftragseingangs[2]	1985 = 100	140,0	142,4
5	Hochbau zusammen	1985 = 100	142,3	158,2
6	* Wohnungsbau	1985 = 100	124,2	136,1
7	Tiefbau zusammen	1985 = 100	137,3	123,2
8	Straßenbau	1985 = 100	129,0	129,4
	Ausbaugewerbe			
9	* Beschäftigte	Anzahl	51 980	53 338
10	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 098	6 220
11	* Ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. DM	586,7	657,0
	Baugenehmigungen			
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 577	2 776
13	* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 169	2 327
14	* umbauter Raum	1 000 m³	3 052	3 339
15	* Wohnfläche	1 000 m²	529	579
16	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	1 058 450	1 230 027
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	443	401
18	* umbauter Raum	1 000 m³	3 142	3 065
19	* Nutzfläche	1 000 m²	489	484
20	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	593 573	678 137
21	* Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	6 701	7 280
22	* Wohnräume insgesamt	Anzahl	28 322	30 881
			1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Innerdeutscher Warenverkehr			
	Warenverkehr mit den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins			
23	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	186 919	201 020
24	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	944 214	1 342 595

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Betriebe von Unternehmen mit im

1992			1993				Lfd. Nr.
September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
775,6	807,0	1 111,9	797,1	777,8	789,1	1 121,7	1
209,2	212,2	326,3	224,4	220,7	225,8	349,4	2
3 234,9	3 455,8	3 347,5	3 246,1	3 477,3	3 380,2	3 454,5	3
147,6	145,2	118,5	125,1	142,5	148,8	128,6	4
162,0	148,4	134,9	139,6	152,7	169,7	153,0	5
168,3	153,2	120,2	145,5	162,6	151,8	179,8	6
130,0	141,2	98,4	107,3	130,1	123,2	98,8	7
141,0	168,2	108,1	101,1	117,9	117,5	106,4	8
54 091	55 024	55 155	55 986	55 757	56 846	56 565	9
6 461	6 654	6 406	6 420	6 619	6 586	6 613	10
655,1	715,6	777,7	647,2	771,7	677,1	783,8	11
3 096	2 810	3 071	3 445	3 425	3 717	2 950	12
2 578	2 372	2 506	2 904	2 768	3 005	2 413	13
3 740	3 383	3 817	4 029	4 275	4 609	3 573	14
656	600	668	701	758	813	629	15
1 408 750	1 273 594	1 428 960	1 546 032	1 666 228	1 779 459	1 391 468	16
417	424	500	386	419	402	308	17
2 778	3 687	4 265	2 099	3 371	3 364	2 636	18
459	551	674	374	541	495	418	19
623 987	783 451	1 029 238	564 117	898 205	725 109	671 628	20
8 444	7 537	8 321	8 482	9 372	10 150	7 880	21
35 257	32 192	35 438	37 675	39 746	41 819	33 085	22

1992			1993				
Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
184 383	200 215	224 264	136 153	168 155	143 508	187 165	23
1 428 677	1 599 253	1 329 828	1 133 583	1 354 543	1 120 120	1 180 896	24

allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten – 3) nach Totalerhebung hochgerechnet

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Außenhandel			
	Ausfuhr[2] (Spezialhandel)			
1	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	12 853,2	12 937,8
	davon			
2	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	458,9	473,3
3	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	12 394,3	12 464,4
	davon			
4	* Rohstoffe	Mill. DM	182,4	166,9
5	* Halbwaren	Mill. DM	859,6	830,2
6	* Fertigwaren	Mill. DM	11 352,4	11 467,4
	davon			
7	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	3 209,1	3 114,3
8	* Enderzeugnisse	Mill. DM	8 143,2	8 353,1
	Ausfuhr in die/nach			
9	* EU-Länder	Mill. DM	7 572,1	7 558,3
	darunter			
10	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 538,8	1 566,9
11	Niederlande	Mill. DM	1 505,0	1 488,9
12	Frankreich	Mill. DM	1 383,6	1 401,5
13	Großbritannien	Mill. DM	1 085,9	1 047,1
14	Italien	Mill. DM	1 040,1	1 032,2
15	Spanien	Mill. DM	500,9	504,3
16	Vereinigten Staaten von Amerika	Mill. DM	767,0	812,9
17	Österreich	Mill. DM	628,2	645,6
18	Schweiz	Mill. DM	580,8	555,2
19	Schweden	Mill. DM	293,1	290,3
	Einfuhr[2] (Generalhandel)			
20	* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	15 357,0	14 984,8
	davon			
21	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	1 695,6	1 786,1
22	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	13 661,3	13 198,7
	davon			
23	* Rohstoffe	Mill. DM	853,0	801,3
24	* Halbwaren	Mill. DM	1 921,1	1 737,0
25	* Fertigwaren	Mill. DM	10 887,3	10 660,5
	davon			
26	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	2 487,3	2 446,1
27	* Enderzeugnisse	Mill. DM	8 400,0	8 214,4
28	* Einfuhr aus EU-Ländern	Mill. DM	9 228,2	8 994,2

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Wegen der unterschiedlichen

1991		1992				1993	Lfd. Nr.
November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
12 744,4	11 712,9	13 095,6	13 872,7	12 572,1	12 521,0	10 365,2	1
472,7	454,1	460,4	555,2	459,8	460,5	353,6	2
12 271,7	11 258,8	12 635,2	13 317,4	12 112,3	12 060,4	10 011,5	3
183,7	162,8	168,8	192,8	180,5	173,8	103,3	4
830,9	800,8	905,2	816,6	796,0	717,8	544,6	5
11 257,1	10 295,2	11 561,3	12 308,0	11 135,8	11 168,9	9 363,6	6
3 132,0	2 740,1	3 231,7	3 243,6	3 034,8	2 797,6	2 161,1	7
8 125,1	7 555,1	8 329,5	9 064,5	8 101,0	8 371,2	7 202,5	8
7 441,6	6 658,2	7 945,2	8 110,4	7 293,7	6 567,3	5 134,1	9
1 513,0	1 394,5	1 687,1	1 737,1	1 590,8	1 386,3	836,9	10
1 490,7	1 301,5	1 466,1	1 658,9	1 513,9	1 390,5	924,6	11
1 333,4	1 227,2	1 554,5	1 535,1	1 362,3	1 282,0	1 076,4	12
1 021,2	883,7	1 057,0	1 096,1	935,2	788,9	717,2	13
1 080,5	899,1	1 129,9	1 016,5	895,4	837,5	833,1	14
502,5	479,7	552,2	479,1	467,4	400,5	354,7	15
819,5	719,9	842,4	829,5	840,8	945,3	899,2	16
612,8	564,2	611,6	731,4	679,1	593,0	628,1	17
534,9	461,0	523,4	637,1	526,6	478,0	606,4	18
282,4	257,1	270,7	300,9	291,0	253,4	268,0	19
15 506,6	14 456,7	15 080,5	15 934,7	14 705,2	15 362,8	10 851,8	20
1 853,0	1 846,5	1 725,4	1 826,0	1 728,1	2 047,5	1 053,8	21
13 653,6	12 610,2	13 355,1	14 108,7	12 977,1	13 315,2	9 797,9	22
900,5	739,1	815,6	852,9	806,0	699,9	703,4	23
2 031,9	1 921,0	1 977,9	1 839,1	1 739,1	1 688,7	1 479,4	24
10 721,2	9 950,1	10 561,6	11 416,6	10 432,0	10 926,7	7 615,1	25
2 386,1	2 052,3	2 425,0	2 586,0	2 345,6	2 246,1	1 549,2	26
8 335,1	7 897,9	8 136,7	8 830,6	8 086,4	8 680,5	6 065,8	27
9 358,0	9 172,9	9 070,4	9 586,6	8 884,4	9 300,3	5 893,1	28

Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Einzelhandel			
1	* Beschäftigte	1986 = 100	106,5	104,6
2	* Umsatz (nominal)	1986 = 100	133,7	133,0
	davon des Einzelhandels mit			
3	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986 = 100	122,6	113,2
4	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986 = 100	123,2	125,7
5	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgeräte)	1986 = 100	150,6	162,8
6	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	1986 = 100	124,8	117,3
7	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1986 = 100	161,1	167,9
8	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	1986 = 100	139,2	149,7
9	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	1986 = 100	149,8	148,0
10	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	1986 = 100	171,8	173,6
11	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1986 = 100	123,1	124,1
12	* Umsatz (real)	1986 = 100	123,6	119,7
	davon des Einzelhandels mit			
13	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986 = 100	115,8	104,0
14	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986 = 100	114,6	113,7
15	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgeräte)	1986 = 100	134,7	141,4
16	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroßgeräten, Musikinstrumenten	1986 = 100	130,8	122,5
17	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	1986 = 100	146,3	152,0
18	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	1986 = 100	132,3	139,0
19	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	1986 = 100	135,7	128,4
20	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	1986 = 100	149,1	112,8
21	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1986 = 100	115,0	114,0
	Gastgewerbe			
22	* Beschäftigte	1986 = 100	93,0	90,8
23	* Umsatz (nominal)	1986 = 100	106,0	123,8
24	* Umsatz (real)	1986 = 100	119,8	104,4
			1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Fremdenverkehr			
25	* Gästeankünfte	1 000	974	989
26	* darunter von Auslandsgästen	1 000	169	167
27	* Gästeübernachtungen	1 000	2 962	3 019
28	* darunter von Auslandsgästen	1 000	415	413

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht.

1992			1993				Lfd. Nr.
September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
105,0	105,0	105,3	103,8	104,2	104,4	105,0	1
125,3	138,6	138,7	116,5	124,7	130,4	137,7	2
106,3	116,3	113,4	102,8	105,7	111,8	114,6	3
133,0	156,7	143,0	111,4	138,9	146,0	149,7	4
157,9	180,8	194,4	140,1	163,0	177,8	196,4	5
107,5	119,6	141,8	101,5	106,6	111,8	142,5	6
168,3	171,0	183,3	175,9	177,0	174,2	190,2	7
142,5	154,9	148,2	131,8	136,2	142,0	145,0	8
143,4	148,7	149,8	133,7	144,5	150,3	149,9	9
152,7	164,2	158,2	136,8	145,7	147,5	143,8	10
113,7	125,4	135,1	111,5	112,8	117,8	134,3	11
112,8	124,4	124,4	103,2	110,3	115,0	121,7	12
98,0	107,2	104,6	93,2	96,1	101,7	104,1	13
119,7	140,6	128,2	98,1	121,9	127,9	131,0	14
136,6	156,2	167,2	118,1	136,8	149,0	164,2	15
112,3	125,0	148,4	105,5	110,5	116,2	148,8	16
150,5	154,2	164,8	156,0	160,3	157,4	168,2	17
131,7	143,3	137,0	123,6	127,7	133,2	135,8	18
125,3	129,6	129,3	114,9	125,7	129,7	128,7	19
126,4	136,2	131,1	108,7	115,7	117,0	114,2	20
105,3	114,7	122,2	101,3	102,9	106,1	120,5	21
90,4	89,9	90,3	91,4	91,2	91,7	89,9	22
131,7	137,8	129,3	120,7	127,2	131,6	122,7	23
109,9	114,5	107,1	96,9	101,7	105,0	98,1	24

1992			1993				
August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
909	1 221	1 239	868	916	1 175	1 165	25
198	225	195	167	181	205	181	26
3 277	3 665	3 664	3 101	3 203	3 523	3 439	27
522	551	481	436	484	524	465	28

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Verkehr			
	Binnenschiffahrt			
1	* Güterempfang	1 000 t	5 952	5 821
2	* Güterversand	1 000 t	4 336	4 240
			1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Kraftfahrzeuge			
3	* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge[2]	Anzahl	79 888	73 709
	darunter			
4	* Personenkraftwagen einschließlich Kombinationskraftwagen	Anzahl	71 800	65 470
5	* Lastkraftwagen	Anzahl	3 849	3 438
6	Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	Anzahl	2 865	3 518
	Straßenverkehrsunfälle			
7	* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	6 509	6 735
8	* Getötete Personen	Anzahl	118	115
9	* Verletzte Personen	Anzahl	8 312	8 571
			1991	1992
			Monatsdurchschnitt	
	Insolvenzen			
10	* Insolvenzen[3] insgesamt	Anzahl	301	337
11	* Unternehmen	Anzahl	213	255
	davon in der Wirtschaftsabteilung			
12	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	37	46
13	Baugewerbe	Anzahl	44	52
14	Handel	Anzahl	57	66
15	Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	Anzahl	58	71
16	übrige Wirtschaftsabteilungen	Anzahl	18	20
17	* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	88	83
18	* Beantragte Konkurse	Anzahl	301	337
19	* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	213	232

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt,

1991			1992				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
5 879	5 984	5 319	5 655	5 780	5 782	4 945	1
4 672	4 673	3 647	4 413	4 419	4 656	3 747	2

1992			1993				
August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
48 272	60 059	66 536	61 577	47 898	58 767	57 204	3
42 108	54 093	60 838	53 026	41 129	52 397	52 040	4
2 449	3 105	3 393	2 550	2 369	2 900	2 746	5
2 841	1 931	1 315	4 954	3 608	2 487	1 618	6
6 368	7 042	7 090	7 073	6 421	7 405	6 814	7
121	110	114	98	123	108	117	8
8 147	8 919	9 146	9 177	8 245	9 463	8 864	9

1992			1993				
September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
324	365	304	435	482	395	452	10
246	276	228	333	373	312	362	11
51	48	41	57	80	61	73	12
47	62	45	67	59	49	65	13
56	68	56	80	98	86	85	14
70	82	68	93	104	92	102	15
22	16	18	36	32	24	37	16
78	89	76	102	109	83	90	17
324	365	304	435	482	393	452	18
240	251	209	301	326	265	282	19

Flensburg – 3) ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1992	1993
			Monatsdurchschnitt	
	Preise			
1	* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	113,9	118,3
2	* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1985 = 100	113,9	117,9
3	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	1985 = 100	114,7	119,4
4	Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	1985 = 100	113,8	117,9
			1992	1993
			Vierteljahresdurchschnitt	
5	* Preisindex für Wohngebäude, Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk	1985 = 100	128,7	135,1
	davon			
6	Rohbauarbeiten	1985 = 100	127,7	133,9
7	Ausbauarbeiten	1985 = 100	130,0	137,0
8	Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	122,8	125,9
			1992	1993
			Vierteljahresdurchschnitt[2]	
	Löhne und Gehälter			
	Bruttomonatsverdienste der Arbeiter in Industrie sowie Hoch- und Tiefbau			
9	* männliche Arbeiter	DM	4 100	4 164
10	* weibliche Arbeiter	DM	2 843	2 939
	Bruttostundenverdienste der Arbeiter in Industrie sowie Hoch- und Tiefbau			
11	* männliche Arbeiter	DM	23,67	24,72
12	* weibliche Arbeiter	DM	17,27	18,18

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) mit der jeweiligen Anzahl der

1992			1993				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
114,8	115,4	115,5	118,8	119,0	119,3	119,5	1
114,6	115,1	115,3	118,4	118,6	118,9	118,9	2
115,8	116,4	116,6	119,9	120,1	120,4	120,6	3
114,4	114,8	115,1	118,3	118,4	118,7	118,8	4
1992			1993				
Mai	August	November	Februar	Mai	August	November	
128,3	130,0	130,4	132,9	135,2	136,0	136,1	5
127,3	129,2	129,4	131,8	134,2	134,8	134,7	6
129,8	131,2	131,8	134,8	136,9	137,8	138,3	7
122,3	124,0	124,1	125,5	126,2	126,1	125,8	8
1992			1993				
April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober	
4 034	4 163	4 155	4 049	4 132	4 192	4 210	9
2 779	2 878	2 889	2 846	2 911	2 964	2 974	10
23,24	23,97	24,04	24,01	24,73	24,85	24,91	11
16,88	17,52	17,56	17,56	18,13	18,31	18,36	12

Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der vier Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1992	1993
			Vierteljahresdurchschnitt[2]	
	Noch: **Löhne und Gehälter**			
	Bruttostundenverdienste der Angestellten in Industrie sowie Hoch- und Tiefbau			
	* kaufmännische Angestellte			
1	* männlich	DM	5 850	6 062
2	* weiblich	DM	4 053	4 229
	* technische Angestellte			
3	* männlich	DM	6 143	6 303
4	* weiblich	DM	4 189	4 384
	Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe			
	* kaufmännische Angestellte			
5	* männlich	DM	4 899	5 163
6	* weiblich	DM	3 437	3 627

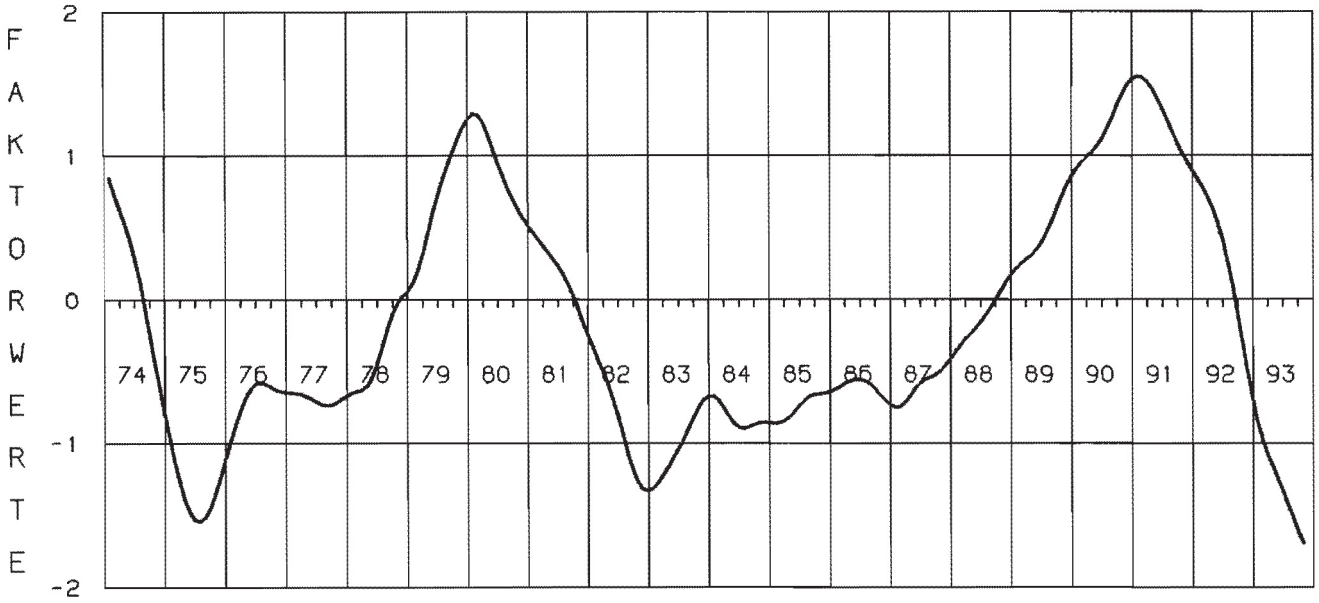
1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) mit der jeweiligen Anzahl der

1992			1993				Lfd. Nr.
April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober	
5 744	5 914	5 935	5 959	6 040	6 070	6 113	1
3 964	4 101	4 126	4 134	4 206	4 247	4 268	2
6 026	6 217	6 243	6 183	6 295	6 332	6 335	3
4 079	4 231	4 276	4 291	4 344	4 411	4 427	4
4 843	4 940	4 976	5 091	5 139	5 164	5 210	5
3 401	3 463	3 496	3 561	3 597	3 624	3 675	6

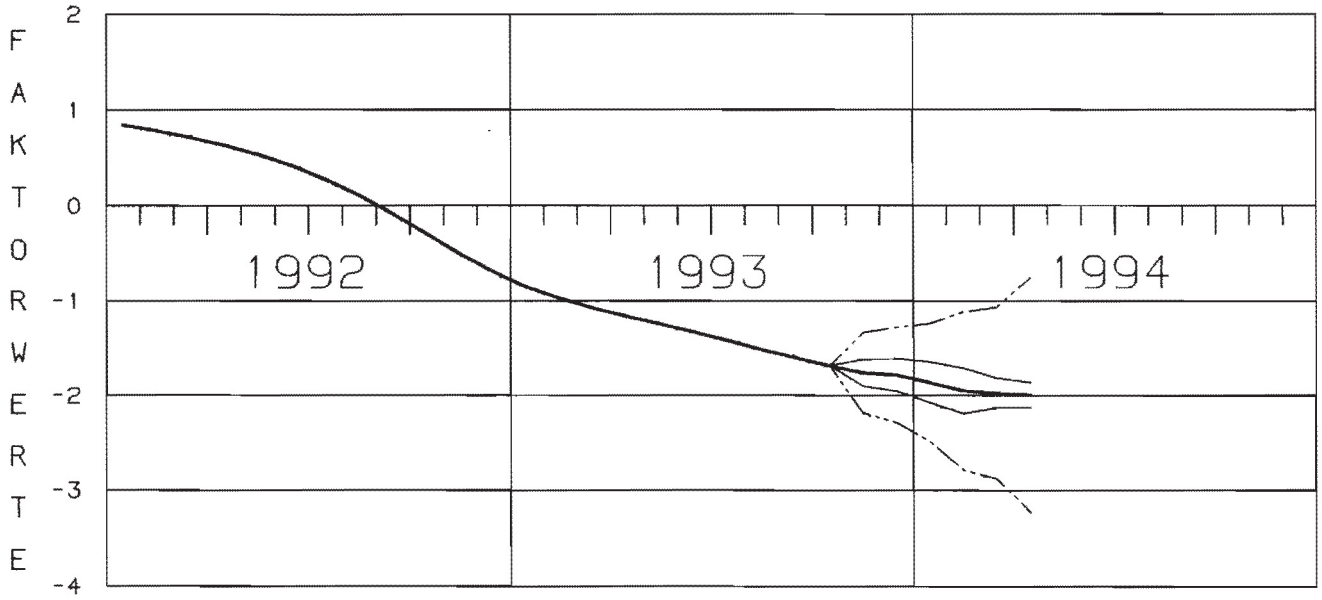
Beschäftigten gewichteter Druchschnitt der vier Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober

MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG [1]

BIS OKTOBER 1993 REALISIERTE WERTE [2]



AB NOVEMBER 1993 BIS APRIL 1994 PROGNOSTIZIERTE WERTE [3]



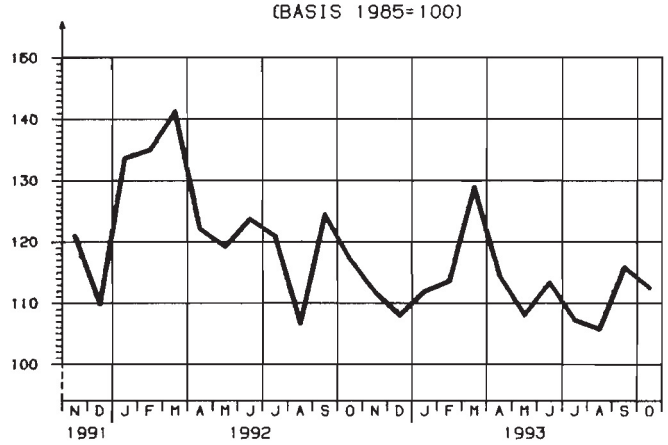
——— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER REGRESSIONSSCHÄTZUNGEN

—··— 95%-VERTRAUENSBEREICH DER EINZELNEN INDIKATORWERTE

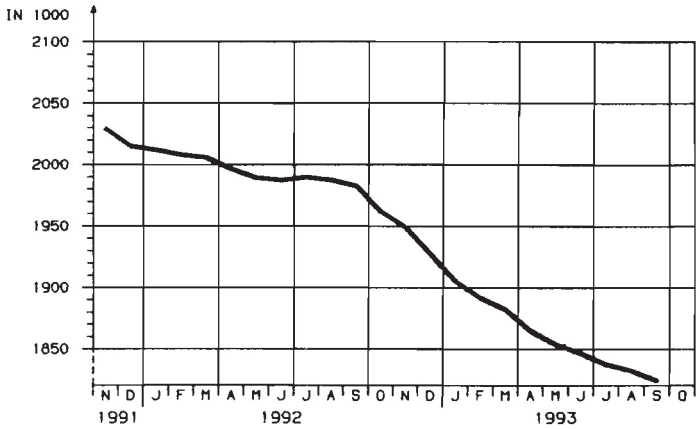
1) LETZTE UMSTELLUNG DES INDIKATORMODELLS AUF NEUE REIHEN IM HEFT 1/93.
2) ZUM ERMITTLUNGSVERFAHREN VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 11/83. -
3) ZUM PROGNOSEMODELL VGL. STAT. RUNDSCHAU NW, HEFT 3/87.

BERGBAU UND VERARBEITENDES GEWERBE
NOVEMBER 1991 BIS OKTOBER 1993

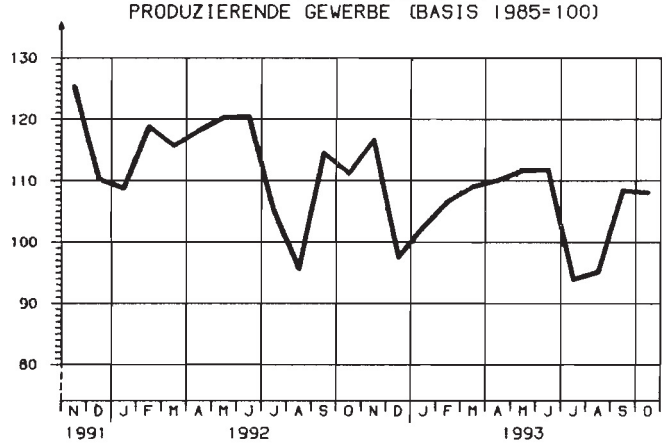
AUFTRAGSEINGANGSINDEX (NOMINAL)
(BASIS 1985=100)



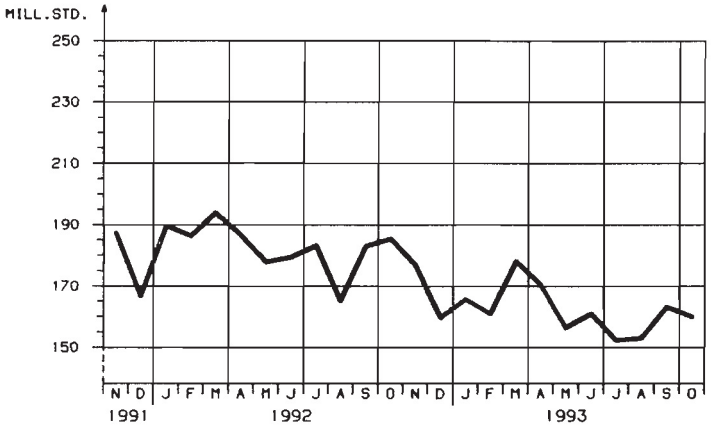
BESCHÄFTIGTE



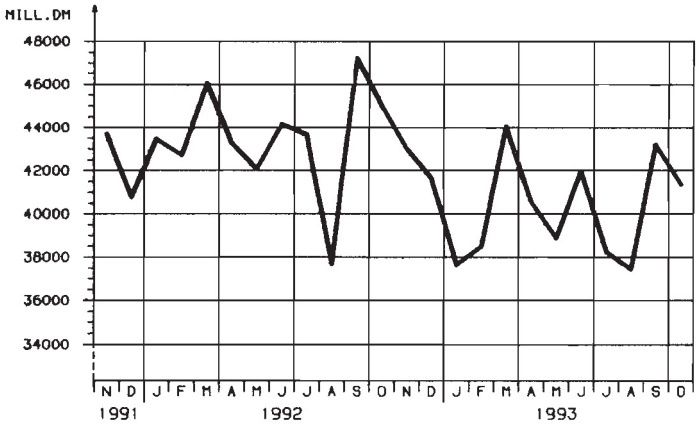
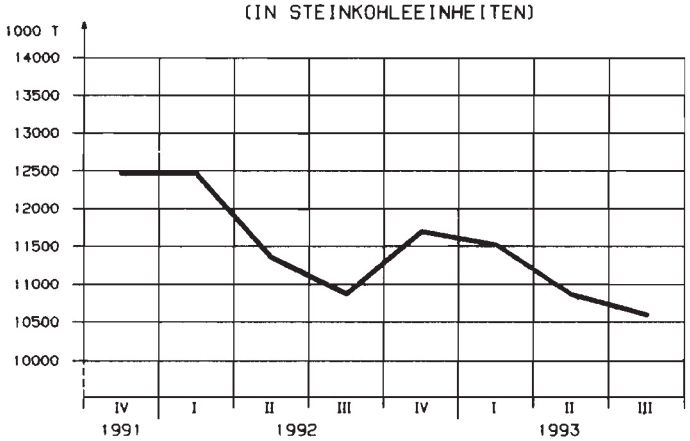
INDEX DER NETTOPRODUKTION FÜR DAS
PRODUZIERENDE GEWERBE (BASIS 1985=100)



GELEISTETE ARBEITERSTUNDEN



UMSATZ



GESAMTENERGIEVERBRAUCH
(IN STEINKOHLEEINHEITEN)